

PROTOKOLL

über die 54. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr,

am Donnerstag, 28. März 1985, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsl

Rudolf Steinmaßl

Manfred Wallner

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Helmut Hanzlik

Walter Heumann

Karl Hochrather

Karl Holub

Rupert Humer

Dr. Kurt Keiler

Wilhelm Kern

Walter Köhler

Herbert Lang

Otilie Liebl

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Ernst Platzer

Erna Probst

Josef Radler

Friedrich Reisner

Franz Rohrauer

Erich Sablik

Ing. Othmar Schloßgangl

Franz Steinparzer

Hubert Sturmberger

Otto Trembl

Dkfm. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Dr. Kurt Schmidl

OAR Walter Radmoser

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK. Dr. Gerhard

Alphasamer

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung des neuen Gemeinderates Hubert Sturmberger

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Ha-772/85	Pfarre St. Josef Ennsleite; außerordentliche Subvention zur Renovierung des Pfarrsaales.
Ha-7225/84	Gasthaus "Zum Goldenen Pflug"; außerordentliche Subvention zur Renovierung des Saales.
Ha-626/85	Fremdenverkehrsverband Steyr; außerordentliche Subvention.
Bau3-4053/82	Ausbau der Pyrachstraße; Ansuchen um Mittelfreigabe für die noch offenen Grundeinlösen.
Wa-3304/67	Pegel Ortskai; Fernaufzeichnung in Zwischenbrücken; Ersatzteilbeschaffung.
Ha-818/85	Freizeit- und Kulturzentrum Steyr-Münichholz; außerordentliche Subvention zur Erneuerung von Fenstern.
GHJ1-1380/85	Ankauf von zwei elektrischen Schreibmaschinen für die Volkshochschule der Stadt Steyr.
GHJ1-1392/85	Ankauf eines Aktenvernichters für die Mag. Abt. IV.
Ha-1571/85	Österr. Rotes Kreuz; außerordentliche Subvention.
GHJ2-1595/85	Sportheim Münchenholz; Fliesenlegerarbeiten.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-328/85 Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.
- 2) Sport-4820/81 Vertrag über die Mitbenützung der Rennbahn durch Bundesschulen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 3) Ha-7996/84 SK Amateure Steyr, Ansuchen um Gewährung einer ao. Subvention zum Ausbau der Sportanlage.
- 4) Buch-7500/84 Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1984 und Entnahme aus Rücklagen.
- 5) Buch-7500/84 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1984.
- 6) Gem-8100/84 Dienstvorschrift für die Anwendung der OÖ. Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 30/1984.
- 7) Bau6-1460/82 Hauptsammler A/3, Teil, Wehrgraben; Kanaldetailprojekt; Ansuchen um Zustimmung zur Vergabe und Vorfinanzierung für den RHV.
- 8) K-7095/80 Erwerb der Liegenschaft EZ 810 Kat. Gem. Steyr (Werk I der ehemaligen Hack-Werke) durch die Stadtgemeinde Steyr.
- 9) Ha-1606/85 Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahr 1985.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 10) Wa-5400/84 Zentralaltersheim Steyr; weitere Umbaumaßnahmen; Vergabe der Möbellieferung.
- 11) GHJ1-1709/85 Ankauf einer Bügelmaschine.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

- 12) Bau3-2721/80 Ausbau der Wolferner Landesstraße; Verbreiterung der B 122; Straßenanschluß alte Wolfernstraße; Mittelfreigabe für die Restarbeiten.

- | | |
|----------------------------------|--|
| 13) Bau5-4743/80 | Resthof II B/1; interne Wohnstraße. |
| 14) Bau6-6180/75 | ABA BA 04 Stadt Steyr; Kanalisation Ennsleite. |
| 15) Bau3-1240/81
Bau5- 954/85 | Ausbau der Steiner Straße und Klosterstraße, 1. Bauabschnitt; Straßen- und Kanalbau. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- | | |
|-------------------------------|---|
| 16) ÖAG-6373/84 | Stadtwerke Steyr; städtische Bäder und Kunsteisbahn; Verlustersatz für 1984. |
| 17) ÖAG-970/85
Stadtwerke | Gas- und Wasserwerk; Rohrverlegung 1985; Ankauf der Sphärogußrohre und Formstücke für das Geschäftsjahr 1985. |
| 18) ÖAG-1017/85
Stadtwerke | Einführung von Kurzzeitkarten und Saisonkarten für 2 Personen. |
| 19) ÖAG-6216/76
Stadtwerke | Erdgasliefervertrag - vertragliche Preisvereinbarung für die Jahre 1985 und 1986; Vertragsänderung. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- | | |
|------------------|--|
| 20) Bau2-6058/52 | Herstellung der Grundbuchsordnung im Bereiche öffentlicher Straßen im Abschnitt Münchenholz I. |
| 21) Bau2-1588/83 | Bebauungsplan "Grubergründe" Landarbeitersiedlung". |

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- | | |
|----------------|---|
| 22) ÖAG-269/82 | Bauvorhaben GWG Steyr, Steinfeld - Kegelpriel St VII - zusätzlicher Grundverkauf. |
|----------------|---|

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie recht herzlich zur heutigen Sitzung des Gemeinderates begrüßen und darf feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist und die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde. Als Protokollprüfer ersuche ich Kollegen Dir. Walter Köhler und Herrn Gemeinderat Rupert Humer. Beide haben das zur Kenntnis genommen. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Herr Stadtrat Feuerhuber, Herr Stadtrat Zöchling und Herr Gemeinderat Seidl.

Meine Damen und Herren, aufgrund des plötzlichen Todes von Kollegen Schuster ist die Einberufung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates erforderlich geworden. Es wurde für die heutige Sitzung Kollege Hubert Sturmberger als Listennächster der Liste der Sozialistischen Fraktion eingeladen. Ich darf ihn in unserer Mitte recht herzlich begrüßen.

Ich komme zur Angelobung des neuen Gemeinderates und bitte Kollegen Sturmberger, sich vom Platz zu erheben. Ich werde die Gelöbnisformel zur Kenntnis bringen und im Anschluß daran bitten, mit den Worten "ich gelobe" das Gelöbniß abzulegen.

"Ich gelobe, die Bundesverfassung, die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, ihre Aufgaben unparteilich und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern".

Ich bitte Kollegen Sturmberger um Ablegung des Gelöbnisses.

HUBERT STURMBERGER:

"Ich gelobe".

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke schön. Ich darf Dich nunmehr auch offiziell als Gemeinderat in dieser Gemeinschaft herzlich willkommen heißen.

Wir kommen nun zur Behandlung von Anfragen und dazu darf ich feststellen, daß solche nicht vorliegen.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich einige Dinge bekanntgeben, die, so glaube ich, von allgemeinem Interesse sind.

Wie bekannt, war im vergangenen Jahr zu Beginn des Jahres eine Arbeitstagung der Österreichischen Bundesregierung in Steyr und im Rahmen dieser Arbeitstagung wurden Maßnahmen beschlossen seitens der Bundesregierung, gemeinsam mit dem Land, Förderungen für unsere Region festzulegen. Als flankierende Maßnahmen im Rahmen dieser Besprechungen wurde empfohlen, daß seitens der BMW-Werke Bemühungen angestellt werden, Zulieferbetriebe für das BMW-Werk nach Steyr zu bekommen. Die Verhandlungen in dieser Richtung wurden fortgesetzt und vor wenigen Wochen wurde ich informiert, daß über Vermittlung von Staatssekretär Dr. Schmidt und der BMW-Motorengesellschaft mit der Firmengruppe Dräxlmaier, Vilsbiburg in Deutschland, Verbindung aufgenommen wurde. Diese Firma erzeugt Kabelbäume und möchte in Steyr einen Zulieferbetrieb für das BMW-Motorenwerk errichten. Für die Errichtung dieses Betriebes werden ca. 20.000 m² Grund benötigt. Es wäre möglich, aus den ehemaligen Schützenhofergründen an der Ennser Straße dieser Firma ein Grundstück zur Verfügung zu stellen. Die Firma Dräxlmaier strebt einen Beschäftigtenstand von 300 an, wobei es sich durchwegs um Arbeitsplätze für Frauen handelt. In mehreren Verhandlungen mit der Firma wurde mündlich folgendes festgelegt: Der Ankauf erfolgt zum Preis von S 400,-/m², somit um insgesamt 8 Millionen Schilling, wobei die Käufer je 50 % der Kaufsumme am 1. 1. 1986 und 1. 1. 1988 entrichten. Neben dem Kaufvertrag ist eine Förderungsvereinbarung vorgesehen, aus der folgendes hervorgeht:

Die Fa. Dräxlmaier erhält seitens der Stadt einen Ansiedlungszuschuß in Höhe von S 2,5 Millionen am 1. 1. 1986; eine weitere Barförderung von S 2,5 Millionen wird

von der Stadt am 1. 1. 1988 gewährt, unter der Voraussetzung, daß bis dahin mindestens 150 Arbeitsplätze geschaffen werden; andernfalls wird die weitere Barfördererung von S 2,5 Millionen erst zu dem Zeitpunkt ausbezahlt, in dem ein Beschäftigtenstand von 150 erreicht wird.

Die Firmengruppe Dräxlmaier betreibt mehrere Unternehmungen unter verschiedenen Firmenbezeichnungen. Für die Niederlassung in Steyr wird eine eigene Firma gegründet, deren Wortlaut noch bekanntzugeben ist.

Es handelt sich dabei vorwiegend um die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen. Es ist eine teilweise Verwertung der ehemaligen Schützenhofergründe, die seinerzeit zur Schaffung von Baulandreserven für Gewerbe- und Industrieansiedlungen zu einem verhältnismäßig hohen Preis angekauft werden mußten. Tatsache ist aber der Umstand, daß andere Gemeinden Gewerbegrundstücke noch billiger veräußern, wenn nicht gar kostenlos zur Verfügung stellen. Damit wäre zu befürchten, daß bei einer Ablehnung der Vorstellungen der Firmengruppe Dräxlmaier, die Ansiedlung ihres Zweigbetriebes in Steyr vereitelt wird. Zweifellos wären Nachbargemeinden der Stadt bereit, dem Unternehmen sehr günstige Ansiedlungsbedingungen zu gewähren. Infolge des Umstandes, daß es sich um einen Zulieferbetrieb zum BMW-Motorenwerk handelt, welches erfreulicherweise selbst ständig expandiert, ist mit größter Wahrscheinlichkeit ein krisensicherer Betrieb anzunehmen. Ich darf Ihnen mitteilen, daß im Falle des Zustandekommens dieser Ansiedlung, die Firma Dräxlmaier seitens der BMW-Gesellschaft einen langfristigen Liefervertrag erhalten wird. Wir haben auch in den Gesprächen darauf hingewiesen, daß wir bei den zu erwartenden Investitionen ersuchen und fordern, daß die Firma Dräxlmaier bei der Errichtung des Betriebes Steyrer Firmen berücksichtigt und die Firma hat das zugesichert. Ich hoffe, daß ich in der nächsten Gemeinderatsitzung diese Angelegenheit zur Beschlußfassung vorlegen kann.

Gleichzeitig möchte ich ankündigen, daß die Gemeinderatsitzung vom 23. Mai voraussichtlich vorverlegt wird. Die Abhaltung der Sitzung am 23. Mai ist schon deswegen unzweckmäßig, weil an diesem Tag die Eröffnung des Verkehrsbauwerkes Tomitzstraße erfolgt. Ich darf übrigens mitteilen, daß diese Eröffnung verschoben werden mußte, weil aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse der Baufortschritt sich verzögert hat und daher eine dreiwöchige Verschiebung des ursprünglich vorgesehenen Termines vom 30. April notwendig war. Ich bitte um Kenntnisnahme und um Verständnis dafür, daß das nicht möglich war.

Die Verkehrsübergabe ist also am 23. Mai um 10 Uhr, vorgesehen. Von Montag, 20. Mai bis zur Übergabe ist die Besichtigung des Tunnels durch Fußgänger möglich. Anläßlich einer kürzlich stattgefundenen Besprechung mit dem neuen Bundesminister für Bauten und Technik, Dr. Heinrich Übleis, konnte ich auch diesen zur Teilnahme an der Eröffnung gewinnen. In diesem Zusammenhang darf ich sagen, daß der neue Minister für die Vorhaben erfreulicherweise eine große Unterstützungsbereitschaft bekundet hat. Als nächstes wird das Straßenbauvorhaben Bad I realisiert werden. Auch der Errichtung der "Nordspange" und einer leistungsfähigen Straßenverbindung an die Autobahn steht der Minister äußerst positiv gegenüber und es wird hoffentlich Gelegenheit bestehen, anläßlich seiner Anwesenheit am 23. Mai diese Probleme nochmals zu erörtern. Dr. Übleis hat jedenfalls eine rasche Prüfung dieses für die Stadt so wichtigen Problems der Nordspange und der Verbindung zur Autobahn zugesichert. Es sind auch Förderungen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, die in den Zuständigkeitsbereich des Bautenministers fallen, angesprochen worden, im besonderen im Zusammenhang mit der Mülldeponie und der Klärschlammpresse. Auch hier sind Zusicherungen seitens des Ministeriums, daß diese auch für uns entscheidenden finanziellen Fragen wohlwollend geprüft werden, gegeben worden.

Zur Errichtung des Arbeitsmuseums und der Verwertung des ehemaligen Hack-Areales darf ich hier nochmals bekanntgeben, daß es im Rahmen der gerichtlichen Versteigerung am 13. März gelungen ist, die Liegenschaften aus der ehemaligen Konkursmasse Hackwerke KG zum jeweils geringsten Gebot einzusteigern.

Die Stadt hat damit das Haus in der Badgasse 7/9 sowie die Werkobjekte Wehrgrabengasse 1, 3, 5 und 7 zum Preis von S 1.542.500,- erworben. Das Haus Gaswerksgasse 2 und 4 ging um S 800.000,- an die Holzschnitzerei Röder. Das Fabrikgebäude Gaswerksgasse 1/3 wurde um S 675.000,- vom Verein "Museum Arbeitswelt" ersteigert. Daran muß sich auch die Stadt als Mitglied des Vereines kostenmäßig beteiligen. Vom Grundbesitz her ist nunmehr volle Verfügbarkeit gegeben und könnten die Planungen der Stadt sowie des Vereines verwirklicht werden. Der von der Fa. Röder beabsichtigte Verwendungszweck führt ebenfalls zu einer Belebung und sind damit keinerlei unzumutbare Beeinträchtigungen der Umgebung zu befürchten.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung des Museums Arbeitswelt fand am 26. März 1985 eine Vorsprache bei Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Fischer, statt. Neben den Vertretern des Magistrates - mich hat der Herr Magistratsdirektor begleitet - haben auch Vertreter des Vereines daran teilgenommen. Das Gespräch hatte zum Ziel, einen Finanzierungsplan aufzustellen, der der Kostenschätzung der Planungsgruppe Wehrgraben Rechnung trägt. Diese Kostenschätzung stammt vom 18. 1. 1985 und beläuft sich auf S 41.540.500,-. Bei den Gesprächen wurde davon ausgegangen, daß S 2 Millionen vom Land übernommen werden. S 5 Millionen soll die Stadt aufbringen und S 5 Millionen wurden vom Wissenschaftsministerium in gleichen Teilbeträgen von S 2,5 Millionen 1985 und 1986 in Aussicht gestellt. Der Minister knüpfte dabei an die Zusage seiner Amtsvorgängerin, Dr. Firnberg, an, die Mittel im Gesamtumfang von S 10 Millionen für den Wehrgrabenbereich in Jahresraten zu je S 1 Million zugesichert hat. Durch diese Vorgangsweise werden die Finanzzuweisungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung abgeändert und wird die Gesamtsumme neu aufgeteilt. S 5 Millionen werden - wie bereits erwähnt - in zwei gleichen Raten zu je S 2,5 Millionen bezahlt, die restlichen S 5 Millionen würden in Jahresraten zu je S 1 Million in den folgenden Jahren gewährt werden. Bei diesem Finanzierungsschlüssel ergibt sich aber immer noch ein erheblicher Fehlbetrag. Es wird getrachtet, diesen durch Zuschüsse des Sozialministeriums und des Unterrichtsministeriums abzudecken. Eine in gleicher Sache beim Sozialminister Dallinger am 6. März 1985 erfolgte Vorsprache hat nämlich ergeben, daß aus diesem Ministerium eine Leistung im Rahmen einer Aktion der Arbeitsmarktförderung möglich wäre. Das Ministerium wäre grundsätzlich bereit, die Lohnkosten von ca. 30 Personen über 1 Jahr zu übernehmen, wenn ein anderer Partner in ähnlicher Weise vorgehen würde. Hier werden wir noch Verhandlungen mit dem Land Oberösterreich führen.

Für die Aktion müßte überdies sowohl für den technischen als auch kaufmännischen Bereich ein Koordinator gefunden werden, wobei auch hiefür die Lohnkosten übernommen würden. Für die Abwicklung in der angeführten Form müßte aber auf jeden Fall eine Trägerschaft gefunden werden. Aus der Sicht der Stadt könnte dies durchaus der Verein "Museum Arbeitswelt" sein. Diesem ist der Ankauf des Gebäudes zugekommen, daher soll der Verein auch für die Errichtung und Betreibung des Museums zuständig sein. Für die Stadt wäre es günstig, als Mitglied des Vereines sich auf Leistung finanzieller Beiträge zu beschränken, auch in der Folge. Die Bestrebungen führen dahin, dieses Museum als Bundesmuseum zu führen, wir können aber noch mit keinem Ergebnis aufwarten. Sollte das nicht möglich sein, müßte die Führung seitens des Vereines durchgeführt werden. Seitens des Bundes und des Landes liegen Zusicherungen vor, daß Jahresbeiträge geleistet werden.

In Verfolgung des angeführten Modells wurde auch schon Kontakt mit der Arbeitsmarktwirtschaft hergestellt und konnte eruiert werden, daß entsprechende Arbeitskräfte voraussichtlich zur Verfügung gestellt werden könnten. Ein weiterer Fehlbetrag könnte durch das Land abgedeckt werden. Ich erinnere, daß seinerzeit neben Frau Minister Firnberg auch Landeshauptmann Dr. Ratzenböck die Zusage machte, bei der Bewältigung des Wehrgrabenproblems finanziell mitzuwirken, ohne aber einen Betrag zu nennen. Wir werden ihn sicher auf diese seine Aussage ansprechen und hoffen, daß er sich, so wie das Ministerium, nicht verschließt, einen finanziellen Beitrag zu gewähren. Demnächst werden die konkretisierenden Gespräche beim Land stattfinden.

Ich glaube, daß gerade dieses Museum im Gebiet Wehrgraben dazu beiträgt, daß in diesem Bereich unsere Vorstellungen einer Sanierung dieses Gebietes möglich sein werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich schließlich heute noch darauf hinweisen, daß die Aussiedlung des Josef-Lazaretts abgeschlossen ist. Es ist verhältnismäßig reibungslos vonstatten gegangen, alle 15 Mieter wurden beraten. Es gab Gespräche mit der MA VI, der zuständigen Bauabteilung und es wurden Besichtigungen im – wenn ich es so nennen darf – Umsiedlerheim vorgenommen und es haben sich alle 15 Mieter des Joseflazaretts bereiterklärt, in das neue Haus in der Resthofstraße zu übersiedeln. Diese Übersiedlung beginnt bereits am 4. April, also in wenigen Tagen. Ich hoffe, daß damit die entsprechende Planung und weitere Verwendung des Joseflazaretts begonnen werden kann.

So weit meine Mitteilungen. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme.

Wir kommen nun zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei. Ich bitte Sie auch um Kenntnisnahme dieser Beschlüsse.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und ich bitte Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen zwei Anträge vorzubringen.

Der erste Antrag lautet:

1) Präs-328/85

Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 28. März 1985 wird anstelle des am 5. 3. 1985 verstorbenen Mitgliedes der sozialistischen Gemeinderatsfraktion Gemeinderat Erwin Schuster künftighin mit sofortiger Wirkung Herr Gemeinderat Hubert Sturmberger in den gemeinderätlichen Wohnungsausschuß, Verkehrsausschuß sowie Kulturausschuß entsandt.

Das sind die gleichen Ausschüsse, in denen Kollege Schuster tätig war. Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wird eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um den Vertrag über die Mitbenützung der Sportanlage Rennbahn durch Bundesschulen. Der Antrag lautet:

2) Sport-4820/81

Vertrag über die Mitbenützung der Rennbahn durch Bundesschulen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 15. März 1985 wird in Ergänzung der Beschlüsse des Stadtsenates vom 20. 6. und des Gemeinderates vom 28. 6. 1984 – worin der Auftrag zur Errichtung der Sportanlage Rennbahn bereits an die Arge Beer & Janischofsky-Hamberger-Negrelli-Zwettler vergeben wurde – der Magistrat der Stadt Steyr ermächtigt, mit der Republik Österreich, vertreten durch das BM für Unterricht, Kunst und Sport, dieses vertreten durch den Landesschulrat für OÖ., die entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen abzuschließen.

Diese sehen für die Einräumung des Mitbenützungsrechtes des Bundes an der Sportanlage Rennbahn eine finanzielle Beteiligung des Bundes in Höhe von S 5 Mill. (zahlbar nach Baufortschritt) zuzüglich eines wertgesicherten Betriebskostenpauschales in Höhe von S 50,- pro tatsächlich in Anspruch genommener Klassenstunde (Unterrichtseinheit) vor.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall und ich darf daher die einstimmige Annahme feststellen.

Ich übergebe gleichzeitig unserem Bürgermeister den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke und ersuche Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, der erste Antrag, den ich Ihnen zu unterbreiten habe, ist ein Subventionsansuchen des SK Amateure Steyr zum Ausbau der Sportanlage. Der Antrag lautet:

3) Ha-7996/84

SK Amateure Steyr, Ansuchen um Gewährung einer
ao. Subvention zum Ausbau der Sportanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 31. 1. 1985 wird dem SK Amateure Steyr zum Ausbau der Sportanlage eine einmalige außerordentliche nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 160.000,- gewährt.

Aufgrund der vom Gemeinderat beschlossenen generellen 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben gelangt jedoch hierfür lediglich ein Betrag von S 128.000,- an den SK Amateure Steyr zur Auszahlung.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 160.000,-- (einhundertsechzigtausend)
werden bei VSt 1/269000/777000 freigegeben.

Ich ersuche um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenteilige Auffassungen liegen, wie ich sehe, nicht vor.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag handelt es sich um die Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1984 und Entnahmen aus Rücklagen.

4) Buch-7500/84

Deckung des außerordentlichen Haushaltes
1984 und Entnahmen aus Rücklagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Deckung des Abganges im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 22,670.289,14 sind aus der Rücklage für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers

S 1,158.241,80

und der Allgemeinen- und Betriebsmittlrücklage S 1,715.225,83 zu entnehmen.

Ferner sind aus dem ordentlichen Haushalt S 19,796.821,51 an den außerordentlichen Haushalt zuzuführen,

so daß der Abgang des außerordentlichen Haushaltes in Höhe von

S 22,670.289,14

=====

zur Gänze gedeckt ist.

Hiezu wird bei der VA-Stelle 1/980000/919000 der Betrag von S 16,911.000,-- freigegeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 2,885.800,- bei derselben VA-Stelle bewilligt.

Ich bitte Sie um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Keine.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der folgende Antrag befaßt sich mit der Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1984. Es ist ein sehr umfangreiches Werk ausgearbeitet worden, ich möchte daher nur den Antrag verlesen:

5) Buch-7500/84

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlages (inkl. Nachtragsvoranschlag) 1984 von insgesamt S 16,884.400 werden genehmigt (BEILAGE).

Ich bitte Sie um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dieser Antrag steht zur Diskussion. Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Kollege Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Da ja bereits im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag, zwar nicht heute, sondern bei anderen Gelegenheiten schon sehr viel darüber gesprochen wurde, kann ich mich bei meinen Ausführungen sehr kurz fassen. Bei diesem Antrag geht es um die Überschreitung von Ausgabenkrediten in Gesamthöhe von 16,884.400 Schilling. Das wurde ja heute bereits vom Antragsteller erwähnt und wir wissen auch, daß diese Gelder bereits ausgegeben wurden. Trotzdem können und werden wir uns nicht einfach damit abfinden, da wir in einigen Bereichen, auf die ich noch näher eingehen werde, mit diesen Ausweitungen nicht einverstanden sind. Es ist aber auch feststellbar, daß ein Großteil dieser Überschreitungen durch nicht vorhersehbare Ausgaben und Mehrkosten entstanden sind. Wir weisen aber auch namens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion darauf hin, daß trotz Zustimmung zum Budget 1984 von unserer

Seite wir damals zum Sparen in den Bereichen Pressestelle/Amtsblatt/Öffentlichkeitsarbeit sowie bei den Repräsentationen aufgefordert haben. Ebenso haben wir als weiteren Einsparungsvorschlag und als Einsparungsmaßnahme die Abschaffung der Stadtratspensionen verlangt. Heute müssen wir jedoch feststellen, daß die Überschreitungen alleine beim Amtsblatt 299.500 Schilling ausmachen und bei den Repräsentationen sogar 307.100 Schilling. Hier wurde zweifellos die Schmerz- und Verständnisgrenze der Bevölkerung durch diese Mehrausgaben aus dem ordentlichen Haushalt überschritten. Da ein Antrag über die Gesamtüberschreitungssumme von 16,047.800 Schilling vorliegt, und es daher nicht möglich ist, über einzelne Positionen abzustimmen, und auch nicht erkennbar ist, daß in den Bereichen, die ich angezogen habe, der Wille zum Sparen vorhanden ist, werden wir diesem Antrag die Zustimmung nicht geben können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml ist der nächste Debattenredner.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Kollege Eichhübl hat schon hingewiesen – er hat zwar nicht erwähnt, daß ich das war – daß ich im Finanz- und Rechtsausschuß besonders auf die Überschreitungen, die uns heute zur Beschlußfassung vorliegen, eingegangen bin und eine sehr ausführliche Diskussion in diesem Gremium erfolgte. Ich möchte gleich zu Beginn sagen, daß ich auch im Finanz- und Rechtsausschuß darauf hingewiesen habe, daß, wenn ich hier vor dem Gemeinderat auftrete, meistens auch zu allgemeinen und politischen Problemen das Wort ergreife. Es wird von vielen Kolleginnen und Kollegen immer wieder gemeint, daß das nicht in die Gemeindestube gehöre, das ist die große Politik. Wenn ich mir diese Überschreitungen genauer ansehe, so widerspiegeln eigentlich diese Zahlen die allgemeine Politik der Bundesregierung, der Koalitionsregierung der SPÖ und der Freiheitlichen Partei. Daher verstehe ich nicht ganz, wenn heute Kollege Eichhübl, der hier ja oft schon groß auftritt als Koalitionspartner, sagt, dem kann er nicht zustimmen, es wird eben nicht gespart. Diese Überschreitungen sind ja in erster Linie zustande gekommen aufgrund der Belastungspolitik der SPÖ und der Freiheitlichen, nämlich durch die Teuerungspolitik

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Du erlaubst mir aber trotzdem, daß ich nicht zustimme?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

und vor allem dadurch, daß steuerliche Belastungen auch die Gemeinde treffen, besonders durch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes.

Hier vielleicht einige Zahlen noch einmal in Erinnerung gerufen. Erstens gibt es eine Überschreitung der Telefongebührenrechnung um insgesamt S 162.000,- für diesen kleinen Betrieb und das erscheint mir zu hoch. Ich möchte noch einmal sagen, ich weiß nicht, ob das mit der Tarif- und Gebührenerhöhung zusammenhängt oder mit dem "Mehr-Telefonieren" in diesem Haus. Hier müßte auf jeden Fall gespart werden. Allerdings die Gebühren- und Tarifierhöhungen hat eben wieder die Regierung beschlossen, die hier eben die Gemeinde weiter belastet. Weiters kann man aus diesen Überschreitungen sehen, aus diesem umfangreichen Werk, wie Vizebürgermeister Wippersberger hingewiesen hat, daß besonders durch die Preiserhöhungen bei Strom und Heizung eine gewaltige Überschreitung eingetreten ist von rund 686.000 Schilling. Dazu kommen vor allem auch die Preiserhöhungen bei Lebensmitteln, besonders im Zusammenhang mit unserem Altersheim, die immerhin auch 392.000 Schilling ausmachen. Nur diese beiden Posten zusammen machen allein schon eine Überschreitungspost von über 1 Million Schilling aus. Die Repräsentationskosten

hat Kollege Eichhübl bereits angeschnitten, dazu kommen Honorare für Veranstaltungen des Jugendreferates. Ich glaube, auch hier könnte man zielführender und besser planen. Mit dieser Frage hat sich ja der Kontrollausschuß sehr eingehend beschäftigt und diesbezügliche Empfehlungen für die Zukunft gegeben. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß nach wie vor durch die Landesumlage eine erhöhte Belastung auf uns zugekommen ist in der Höhe von 277.000 Schilling, wobei immer besonders von meiner Fraktion verlangt wird, die grundsätzliche Abschaffung der Landesumlage, die wir an das Land entrichten müssen.

Zu all diesen Problemen, die ich versucht habe, in knappen Worten aufzuzeigen, kommt natürlich, daß dadurch die Gemeinde in Finanzschwierigkeiten kommt und durch diese Belastungs- und Teuerungspolitik es notwendig ist, mehr Kredite aufzunehmen. Dafür sind natürlich dementsprechende Zinsen zu bezahlen, die wiederum zu Überschreitungen geführt haben in der Höhe von fast 2 Millionen Schilling. Dieses Paket, das ich herausgegriffen habe aus diesem umfangreichen Werk, macht allein ein Viertel der Gesamtüberschreitungen aus oder rund 4 Millionen Schilling.

So muß man die Dinge sehen. Aber im wesentlichen kann man sagen, daß die Überschreitungen auch zustandegekommen sind durch die Bundespolitik, wo wir gezwungen waren hier in der Gemeinde, diese mit Beschlüssen abzudecken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Holub bitte.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, werter neuer Kollege!

Ich möchte nur noch ein paar Gedanken zum vorliegenden Antrag bringen, von hinten nach vorne beginnend. Das ziemlich Letzte, was Kollege Tremel angezogen hat, war die Erhöhung der Zinsen, des Aufwandes für die Zinsen. Da müßte man den Text in der Erläuterung noch dazunehmen, wenn ich den zitieren darf: durch sinkende Zinssätze bei Annuitäten in gleichbleibender Höhe verändert sich das Verhältnis zwischen Zinsen und Kapitaltilgung. Das schlägt sich natürlich im Nachtrag als Ausgabenüberschreitung bei der einen Position nieder. Wenn man das Zahlenwerk im Ganzen sieht, müßte man eine analoge Ersparnis bei den Minderausgaben auf der anderen Seite finden. Das, soweit ich das sehe.

Dem Beispiel der Freiheitlichen Partei können wir von der Volkspartei nicht ganz folgen. Wir werden dem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben, wenngleich an der einen oder anderen Position durchaus korrekt Kritik geübt wird, und zwar bis jetzt von meinen beiden Vorrednern. Man könnte verschiedene andere Positionen auch noch hernehmen. Es gibt für vieles sehr plausible Erklärungen, die zum Teil im Beschlußvortrag schon begründet sind. Beschlüsse, die wir fast alle einhellig gefaßt haben, daß schon allein von der Beschlußgrundlage her die Zustimmung zum nunmehrigen Antrag für mich als logische Konsequenz gegeben ist.

Ich möchte aus den vorliegenden Zahlen die Pressestelle herausgreifen und da einen konstruktiven Vorschlag machen, nicht nur kritisieren, daß es wieder teurer war, sondern Ihnen von der Mehrheitspartei ans Herz legen, doch zu überlegen, ob man nicht wieder einmal die Druckkosten ausschreiben sollte, um vergleichbare Zahlen zu erhalten. Denn wer vor vielen Jahren einmal der Beste oder der Billigste war, muß es nicht notwendigerweise geblieben sein. In dieser Richtung möchte ich eher konstruktiv kritisieren und nicht nur nein sagen, sondern wir sagen ja zu dem zwangsläufigen Beschluß, der jetzt zu fassen sein wird und der sicher mit Mehrheit gefaßt werden wird. Wir bitten Sie, viel konsequenter als bisher Beschlüsse dynamisch zu betrachten und dann und wann Beschlußgrundlagen an das aktuelle Umfeld in der Wirtschaft anzupassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen?

Der Berichterstatter wünscht ein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Gemeinderat Eichhübl und auch andere haben die Mehrausgaben beim Amtsblatt, bei der Pressestelle, zitiert. Ich muß aufklären, daß da etwas passiert ist. Das letzte Amtsblatt, Ausgabe Dezember 1983, wurde zu spät eingebracht und die Rechnung wurde erst im Jahre 1984 zur Auszahlung gebracht. Das ist einer der wesentlichen Gründe dieser Mehrausgaben. Außerdem war noch eine Umsatzsteuernachzahlung erforderlich. Aber der Hauptgrund ist die Dezemberausgabe 1983, die erst 1984 zur Auszahlung kam.

Zu den Repräsentationskosten, das ist eine Sache, die schon mehrmals hier im Haus besprochen wurde bzw. Anlaß zur Kritik war. Ich darf sagen, daß in diesen Repräsentationen auch Dinge drinnen stecken, die vielleicht in einer anderen Ausgabenpost besser unterzubringen wären. Ich meine z. B. Ausgaben für die Partnerschaftspflege, Ausgaben für ausländische Delegationen. Ich erinnere daran, daß wir im vorigen Jahr einen Gegenbesuch aus Plauen da hatten, fast 2 Wochen lang, der während dieser Zeit in Steyr untergebracht war. Wir mußten die Kosten für die Nächtigung, für das Essen und für kleine Geschenke übernehmen. Es gab aber auch verschiedene andere Besuche. Es sind darin auch, das sage ich unumwunden, die sogenannten Arbeitsessen enthalten. Es handelt sich dabei ja um eine gewisse Kontaktpflege, möchte aber darauf nicht näher eingehen. Ich möchte nur eines sagen, daß diese Arbeitsessen nicht gerade angenehm sind, aber sie sind für die Stadt meistens von großem Vorteil, weil man bei solchen Essen etwas leichter sprechen kann als in einem nüchternen Amtsbäude. Ich für meine Person, und ich glaube, da gibt mir auch unser Bürgermeister recht, würde zumeist viel lieber zuhause bei meiner Frau essen, ihre Küche mag ich am liebsten. Das beste Essen im Gasthaus schmeckt mir nicht so gut, als das Essen bei meiner Frau. Ich weiß, daß es auch unserem Bürgermeister nicht anders geht. Aber diese Arbeitsessen gehören eben mit dazu und bringen oft der Gemeinde viel mehr als eine Besprechung im Amt. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Ich bitte nun den Bürgermeister, über den Antrag die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen. Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (FPÖ-Fraktion) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag beschäftigt sich mit der Dienstvorschrift für die Anwendung der OÖ. Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 30/1984. Der Antrag lautet:

6) Gem-8100/84

Dienstvorschrift für die Anwendung der OÖ.

Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 30/1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Dienstvorschrift für die Anwendung der OÖ. Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 30/1984, wird entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. II vom 2. 1. 1985 mit dem in der Beilage ersichtlichen Inhalt genehmigt.

(BEILAGE)

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird dazu eine Diskussion gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen. Beides nicht feststellbar, daher liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag ist ein sehr wichtiger, er lautet:

7) Bau6-1460/82

Hauptsammler A/3. Teil, Wehrgraben; Kanaldetailprojekt; Ansuchen um Zustimmung zur Vergabe und Vorfinanzierung für den RHV.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV vom 18. 2. 1985 wird der Auftrag zur Erstellung eines Kanaldetailprojektes sowie der Ausschreibungsunterlagen und des Leistungsverzeichnisses für die Errichtung des HS A/3. Teil Wehrgraben an das Ingenieurbüro Dr. techn. H. Flögl, Linz, zum Preis von S 610.114,60 exkl. USt übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 610.100,-- (sechshundertzehntausendeinhundert)

werden bei VSt 9/-----279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Ich darf sagen, daß dieses Projekt bereits heute dem Land, der Landesregierung übergeben wurde.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Keine, einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag befaßt sich mit dem teilweisen Ankauf des Hack-Areales im Wehrgraben. Unser Bürgermeister hat bereits eingangs darüber berichtet und ich kann mich daher kurz fassen. Der Antrag lautet:

8) K-7095/80

Erwerb der Liegenschaft EZ 810 Kat. Gem. Steyr (Werk I der ehemaligen Hack-Werke) durch die Stadtgemeinde Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Erwerb der Liegenschaft EZ 810 KG Steyr, Haus in der Badgasse 7/9 sowie Werkobjekte Wehrgrabengasse 1, 3, 5 und 7 mit Grund mit Gesamtausmaß von 5.904 m² im Zuge des Zwangsversteigerungsverfahrens E 15029/84 aus der Konkursmasse der Fa. Hack-Werke KG zum Meistbot von S 1.542.500,- im Sinne des Amtsberichtes vom 13. März 1985 wird zugestimmt.

Der für die Entrichtung des Meistbotes samt Grunderwerbsteuer, Eintragungsgebühr und Kosten erforderliche Betrag von

S 1.695.000,-

bei VA-St 5/846000/010150 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ist jemand dagegen? Beides nicht der Fall, auch hier liegt einstimmige Annahme vor.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein letzter Antrag, den ich Ihnen zu unterbreiten habe, behandelt sich mit der Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahr 1985.

Der Antrag lautet:

9) Ha-1606/85

Gewährung von Subventionen an Steyrer
Sportvereine im Jahr 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

An die in der Beilage angeführten Steyrer Sportvereine und -verbände werden im Jahre 1985 die angeführten Einzelsubventionen im Gesamtbetrag von

S 660.000,-- (Schilling sechshundertsechzigtausend)

gewährt.

Die Subventionen sind von der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre ausgenommen. Sämtliche Subventionen sind zur Gänze im Mai des Jahres auszubezahlen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 648.000,-- (sechshundertachtundvierzigtausend)

bei VA-St 1/269000/757000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 12.000,-- (zwölftausend)

bei der gleichen VA-St bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Natürlich wissen der Herr Bürgermeister und auch die Herren und Damen des Finanz- und Rechtsausschusses, daß ich auch hier im Plenum eine Stellung abgebe, wobei ich schon im Finanz- und Rechtsausschuß versucht habe, eine Änderung des Antrages zu erreichen. Der beantragten Gewährung der Subventionen an die Steyrer Sportvereine wird die KPÖ-Fraktion die Zustimmung geben, allerdings mit einer Ausnahme, und zwar ist meine Fraktion dagegen, so wie es die Mehrheit heute hier vorschlägt, eine Subventionierung und damit auch gleichzeitig eine Förderung dem Allgemeinen Turnverein, dem ÖTB, zu geben. Laut Vorschlag soll dieser Verein mit S 28.000,- subventioniert werden. Außerdem, das wird auch den meisten Damen und Herren des Gemeinderates bekannt sein, wurden bereits im Stadtsenat weitere S 22.400,- bewilligt, also insgesamt S 50.400,-. Indirekt werden damit gefördert die Hintermänner des Gauturnfestes 1985, der ehemals deutschvölkischen Turnbrüder, die Dietwärts, deren Aufgabe die völkische Erziehung, wie es dort so schön heißt, insbesondere der Jugend, ist. Für das sogenannte Gauturnfest 1985 wird vom ÖTB Steyr mittels Plakaten auch in unserer Stadt geworben. Darin kann man lesen beim Schaukasten vis a vis, bei der Bank im Bummerlhaus: Braunau ruft zum 9. Gauturnfest vom 11. bis 14. Juli 1985. Es würde dabei noch fehlen: Braunau, die Geburtsstadt des Führers, ruft zum Gauturnfest. Das ist offenbar ein Beitrag des ÖTB zum 40. Jahr der Wiederkehr der Befreiung Österreichs vom Faschismus. Dieser Österr. Turnerbund bekennt sich heute noch zum Deutschtum, sein Obmann ist Erich Slupetzky und wurde, wie Sie sicher auch noch wissen, 1948 aufgrund neonazistischer Betätigung verhaftet. Dazu gehört der öö. Gauturnwart Sepp Holzinger, dieser ist gleichzeitig Spitzenfunktionär der NDP. Ich möchte Ihnen auch nicht verheimlichen, daß es in einem Gerichtsurteil, nicht vom Jahre 1945, sondern vom Jahre 1980,

wörtlich heißt: Es ist erwiesen, daß die Tätigkeit der Führung des ÖTB österreichfeindlich ist, nationalsozialistische braune Merkmale aufweist und in diesem Sinne auch zu qualifizieren ist.

Daher, meine Damen und Herren, keine Förderung der Stadt Steyr für diese Tätigkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

An und für sich lautet der vorliegende Antrag auf Gewährung von Subventionen für Sportvereine und nicht auf Heraufbeschwörung der Vergangenheit. Das dürfte aber Kollegen Treml sehr wenig gekümmert haben, denn seine Äußerungen gehen ja ganz eindeutig in diese Richtung.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, gerade die Wortmeldung des Kollegen Treml veranlaßt mich doch, aus der Sicht eines jüngeren Funktionärs, aus der Sicht eines Mandatars, der nicht von jener Zeit vorbelastet ist, die Kollege Treml angezogen hat, ein paar Sätze zu sagen. Ich finde es absurd und sehr bedauerlich, ja sogar sehr bedenklich, daß ein Mandatar dieses Gremiums, nämlich Kollege Treml, versucht, einen Subventionsantrag zum Anlaß zu nehmen, um eine Reihe von älteren aber auch jüngeren Menschen, die Sport betreiben, zu diskriminieren. Kollege Treml, wenn Dich das so sehr stört, daß dieser Sport- und Turnverein Gauturnfeste ausschreibt, dann möchte ich doch eine Frage an Dich richten, um nur ein Beispiel aus vielen herauszunehmen. Sind auch jene Bevölkerungsteile von St. Georgen im Attergau für Dich nicht akzeptabel? Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Gott sei Dank gibt es Bestrebungen aus allen Bereichen, die Vergangenheit aus Distanz und in Toleranz zu bewältigen. Dein Beitrag, Kollege Treml, wird sicher nicht dazu angetan sein, sich diesem Ziel endgültig zu nähern. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen. Wir werden jedenfalls dem vorliegenden Antrag seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion vorbehaltlos die Zustimmung geben. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Normal, so glaube ich, würde ich gar nicht Stellung nehmen müssen, weil ja selbstverständlich klar ist, daß der Vertreter der Freiheitlichen Partei sich meinen Ausführungen nicht anschließen kann. Das ist ja ganz logisch, aber nur weiß ich bei ihm nicht, ob er ein Freund von Herrn Steger oder von den anderen Extremen, vor allem vom Jörgi Haider ist. Das weiß ich nicht und er hat es hier auch nicht gesagt. Aber eines ist ganz klar und das möchte ich mir nicht unterstellen lassen, daß die KPÖ-Fraktion oder ich persönlich gegen die Turner sind. Ich bin ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber Du verwehrst diesem Vereine eine Subvention.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich bin auch nicht gegen die Turner und auch nicht gegen die Turner, die beim Allgemeinen Turnverein mitwirken. Dagegen hat sich meine Rede sicherlich nicht gewendet, sondern meine Verpflichtung ist es als Österreicher und Demokrat, aufzuzeigen, daß wir die Vergangenheit nicht bewältigt haben bei der Führung des ÖTB. Wenn ich die Leute, die Du auf der Kandidatenliste stehen hast, bei manchen Gelegenheiten

sehe, mit Kränzen und dementsprechendem Auftreten, mit dem Eisernen Kreuz, der SS-Kameradschaft – ich hätte ein solches Bild mitnehmen müssen, ich habe nämlich einige davon – dann, glaube ich, muß man sich auch Deine Naivheit, die Du an den Tag legst, wenn Du sagst in diesem Verein gibt es keine solchen Führer in Österreich, es gibt keine Holzingers, keine Slupetzky's in diesem Verein, sondern nur Turner.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Gibt es diese Leute im Verein Steyr?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich wende mich nicht gegen die Turner und Mitglieder, sondern in erster Linie gegen die Führung des ÖTB.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Möchte noch jemand dazu sprechen? Keine Wortmeldung mehr. Ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube, ich kann mich kurz fassen, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur feststellen, wir haben seinerzeit eine Auflistung aller Steyrer Sportvereine beschlossen und haben auch beschlossen, allen diesen Vereinen für die Ausübung ihrer sportlichen Tätigkeit eine entsprechende Subvention zu geben. Wir als Gemeinde, das möchte ich nachdrücklich feststellen, geben diese Subventionen ausschließlich für diese Zwecke und für nichts anderes. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? (1 Gegenstimme – GR Tremml). Der Antrag ist beschlossen.

Ich danke für die Berichte und bitte als nächsten Berichterstatter Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Geschätztes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen zwei Anträge zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste Antrag lautet:

10)Wa-5400/84

Zentralaltersheim Steyr; weitere Umbaumaßnahmen; Vergabe der Möbellieferung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 2. 1985 wird im Zusammenhang mit weiteren Umbaumaßnahmen im städtischen Zentralaltersheim der Auftrag zur Lieferung der erforderlichen Möbel an die Firma Steinmaßl, Steyr, zum Bestbieterpreis von S 587.879,- übertragen.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel erfolgte bereits pauschal mit Beschluß des Gemeinderates vom 7. 2. 1985.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Der zweite Antrag lautet:

11) GHJ1-1709/85

Ankauf einer Bügelmaschine.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 11. März 1985, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr Nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 7. 3. 1985 wird der Auftrag zur Lieferung einer Bügelmaschine Marke Schulthess-Hochleistungsmangel für das Zentralheim Steyr an die Firma Schulthess, Wien, Franz Josefs-Kai 31, zum Preis von S 678.500,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 350.000,- (dreihundertfünzigtausend)

bei VSt 1/420000/043000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 328.500,- (dreihundertachtundzwanzigtausendfünfhundert)

bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu? Keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich möchte noch vermerken, daß Kollege Steinmaßl, so wie im Statut vorgesehen, wegen Befangenheit den Saal eim vorangegangenen Antrag verlassen hat.

Ich danke für die Berichterstattung. Anstelle von Kollegen Feuerhuber bitte ich Kollegen Pimsl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL anstelle des abwesenden Stadtrates Feuerhuber:

Geschätztes Präsidium, beim ersten Antrag geht es um die Bewilligung von S 600.000,-, die notwendig sind, um die Wolfener Straße fertigzustellen. Es ist notwendig, die Gehsteige rechts und links der Wolfener Straße und die Straßenbuchtung herzustellen bzw. die Löhne zu bezahlen. Aufgrund der Angaben der öö. Landesstraßenverwaltung gliedern sich die Kosten auf S 250.000,- für den Gehsteig links der Wolfener Straße, S 280.000,- rechts der Wolfener Straße, die Straßenbebuchung ca. S 50.000,- und die Löhne sind mit S 20.000,- angeführt. Insgesamt sind es also 600.000 Schilling und ich stelle daher an Sie den Antrag, diese S 600.000,- freizugeben.

12) Bau3-2721/80

Ausbau der Wolfener Landesstraße; Verbreiterung der B 122; Straßenabschluß alte Wolfener Straße; Mittelfreigabe für die Restarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 18. 10. 1984 wurde für die Fertigstellung der Wolfener Landesstraße (Verbreiterung der B 122) ein Betrag von S 800.000,- freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 1. 1985 wird nunmehr nach Durchführung der erforderlichen Restarbeiten für dieses Bauvorhaben nochmals ein Betrag von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei der VA-St 5/611000/771010 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 100.000,-- (Schilling einhunderttausend)

bei der gleichen VA-St. bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben diesen Antrag gehört. Wünscht jemand das Wort? Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenteilige Auffassungen sind keine vorhanden, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Beim nächsten Antrag geht es um den Resthof II B/1, um die Errichtung einer internen Wohnstraße. Der Antrag lautet:

13) Bau5-4743/80

Resthof II B/1; interne Wohnstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 4. 2. 1985 wird der Übernahme der Kosten von S 541.269,29 für die Errichtung einer internen Wohnstraße im Bereich des Bauabschnittes Resthof II B/1 durch die Stadt Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei VSt 5/612000/002060 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 41.300,-- (einundvierzigtausenddreihundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte Sie um Freigabe dieser Mittel.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen zu diesem Antrag sehe ich keine. Spricht sich jemand dagegen aus? Das ist nicht der Fall, somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Ennsleite und lautet:

14) Bau6-6180/75

ABA BA 04 Stadt Steyr;

Kanalisation Ennsleite.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 24. 11. 1983 wurde der Auftrag zur Durchführung der Errichtungsarbeiten der Kanalisation Steyr-Ennsleite im Zusammenhang mit der Errichtung eines Teilstückes des NS C 2 des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung der Firma Adami, Steyr, zum Preis von S 5,063.507,- übertragen.

Nachdem bisher für diese Arbeiten ein Betrag von S 3.348.500,-- als Akontozahlung geleistet wurde, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 3. 1985 der Auszahlung des noch offenen Restbetrages von S 605.029,51 exkl. USt zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
S 100.000,-- (einhunderttausend)
bei VSt 5/811000/050190 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 505.000,-- (fünfhundertfünftausend)
bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich stelle den Antrag, diese Mittel freizugeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen oder Enthaltungen liegen keine vor, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Der nächste Antrag betrifft:

15) Bau3-1240/81

Bau5- 954/85

Ausbau der Steiner- und Klosterstraße,

1. Bauabschnitt; Straßen- und Kanalbau.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 3. 1985 wird der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den Straßen- und Kanalbau "Steinerstraße - Klosterstraße", 1. Bauabschnitt, an die Firma Zwettler, Bau-GesmbH, Steyr, zum Preis von S 6.559.441,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
S 3.897.200,- (drei Millionen achthundertsiebenundneunzigtausendzweihundert)

bei VSt 5/612000/002190 sowie ein Betrag von
S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei VSt 5/811000/050460 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 2.153.000,-- (zwei Millionen einhundertdreißigtausend)

bei VSt 5/612000/002190 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf den Antrag stellen, diesen Betrag zu bewilligen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist beschlossen.

Ich danke für die Berichte. Nächster ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe heute 4 Anträge vorzubringen. Der erste Antrag lautet:

16) ÖAG-6373/84

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr; städtische Bäder und

Kunsteisbahn; Verlustersatz für 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 1. 10. 1984 sowie des hiezu ergangenen Berichtes des Kontrollamtes der Stadt Steyr vom 31. 1. 1985 wird den Stadtwerken Steyr auf die Ersätze der Bäder- und Kunstesibahnverluste für das Rechnungsjahr 1984 eine Akontozahlung in Höhe von S 5,000.000,- gewährt.

Ein Teilbetrag von S 3,000.000,- ist sofort nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr an die Stadtwerke zu überweisen, der verbleibende Restbetrag von S 2,000.000,- ist Anfang Juni 1985 zur Auszahlung zu bringen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 5,000.000,- (fünf Millionen)

werden bei VSt 1/879000/759200 freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der nächste Antrag lautet:

17) ÖAG-970/85

Stadtwerke

Gas- und Wasserwerk; Rohrverlegung 1985; Ankauf der Sphärogußrohre und Formstücke für das Geschäftsjahr 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 6. 2. 1985 wird der Auftrag zur Lieferung der für die Rohrverlegungen des Gas- und Wasserwerkes im Geschäftsjahr 1985 erforderlichen Sphärogußrohre und Formstücke an die Firma VOEST-Alpine, Rohstoffhandels GesmbH, zum Preise von S 4,734.957,- übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der dritte Antrag hat folgenden Wortlaut:

18) ÖAG-1017/85

Stadtwerke

Einführung von Kurzzeitkarten und Saisonkarten für 2 Personen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 7. 2. 1980 wurde die derzeit geltende Tarifordnung für die städtischen Bäder (Sauna, Hallen- und Freibad) festgelegt.

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 8. 2. 1985 wird diese Tarifordnung nunmehr wie folgt erweitert:

1. Beim Abschnitt B Freibad wird der Punkt a) Einzelkarten um nachstehende Kurzzeittarife erweitert:

- | | |
|--|---------|
| 1. Erwachsene inkl. Kästchen | S 10,-- |
| 2. Erwachsene als Kabinenmitbenützer | S 8,-- |
| 3. Kinder von 6 - 10 Jahren und Schüler mit Ausweis
inkl. Kästchen | S 8,-- |
| 4. Kinder von 6 - 10 Jahren und Schüler mit Ausweis
als Kabinen- oder Kästchenmitbenützer | S 4,-- |
| 5. Kabine | S 10,-- |

Diese Kurzzeittarife haben ab 15 Uhr Gültigkeit.

11. Beim Abschnitt B Freibad wird bei Punkt c) Saisonkarten nach Ziffer 10 eine neue Ziffer 10 a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"10 a) Saisonkarte/Kabine für 2 Personen S 1.300,--

Die vorgenannten Ergänzungen der Tarifordnung für die städtischen Bäder treten mit 1. Mai 1985 in Kraft.

In den genannten Preisen ist die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten.

Dieser Antrag ist sicher sehr positiv für die Bevölkerung. Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zu diesem Antrag, den Stadtrat Steinmaßl jetzt vorgetragen hat, habe ich bereits im Finanz- und Rechtsausschuß den Vorschlag gemacht, daß es begrüßenswert ist, daß wir für das Freibad einen Kurzzeittarif einführen und damit vor allem der werktätigen Bevölkerung die Möglichkeit geben, nach der schweren Arbeit noch zu einem kostengünstigen Tarif das Stadtbad zu benützen. Gleichzeitig sollte man aber an jene denken, die in Dienstleistungsbetrieben, in den Geschäften bzw. Kaufhäusern tätig sind, die über eine längere Mittagspause verfügen. Auch für diese sollte man eine Kurzzeit einführen, und zwar so, daß man in der Mittagspause von 12 - 14.30 Uhr ebenfalls diesen Kurzzeittarif beim Freibad einführt. Ich glaube, auch die technische Abwicklung ist sehr leicht überprüfbar, wie ich dies bereits im Finanz- und Rechtsausschuß vorgeschlagen habe. Bürgermeister Schwarz hat dort ad hoc entschieden, daß man diese Frage prüfen sollte. Man hätte das in der Zwischenzeit schon prüfen und in diesen Antrag einbinden können, wenn man gewollt hätte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf dazusagen, daß ich den Vorschlag zur Prüfung an die Stadtwerke weitergebe. Die organisatorische Durchführbarkeit ist zu prüfen, eventuelle finanzielle Auswirkungen und auch in personeller Hinsicht sind Untersuchungen notwendig. Ich darf versichern, daß ich in der nächsten Sitzung des Gemeinderates über das Ergebnis dieser Überprüfung berichten werde.

Wünscht dazu noch jemand zu sprechen? Kollege Steinmaßl wünscht ein Schlußwort, bitte.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Herr Bürgermeister, ich möchte nur ganz kurz folgendes erklären. Ich habe mich bereits heute Früh mit Herrn Ing. Wein ins Einvernehmen gesetzt bezüglich dieser Anregung von gestern im Finanz- und Rechtsausschuß. Mir wurde gesagt, diese Kurzzeitkarte über mittags war bereits im Jahre 1962 eingeführt. Es gibt aber leider Gottes dafür

keine Kontrollmöglichkeit, daß man eben die Leute, die um 12 Uhr ins Bad gehen, um 3 Uhr wieder herausbringt. Das wäre für die Vollzahler nicht sinnvoll, wenn dann z. B. Leute mit Kurzzeitkarte das Bad bis am Abend besuchen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe ja die Kontrollmöglichkeit genau vorgeschlagen. Im Jahre 1962 war das möglich in der Form, daß man denjenigen, der um 12 Uhr kam, mit dem Kabinen- oder Kästchenschlüssel in einen bestimmten Trakt zugewiesen hat. Wenn der dann um 15 Uhr wiedergekommen ist, hat man genau gewußt, der hat z. B. einen blauen Schlüssel. Kommt er damit aber später, muß er nachzahlen. Das ist sehr leicht überprüfbar, man braucht dazu keinen zusätzlichen Angestellten.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Kollege Treml, dazu darf ich eines sagen, es ist ja niemand verpflichtet, daß er sich ein Kästchen oder eine Kabine nimmt, er kann sein Gewand auch auf den Rasen legen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich dieses Zwiesgespräch unterbrechen. Ich erwarte einen schriftlichen Bericht und der stadträtliche Referent hat den Auftrag, das zu verfolgen bis zur nächsten Sitzung, wo diese Dinge genau dargelegt werden, welche Schwierigkeiten sich ergeben. Man muß auch die Einwände, die seitens der Bediensteten kommen sehr genau prüfen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, wir werden das genau besprechen im nächsten Gemeinderat.

Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag lautet:

19) ÖAG-6216/76

Stadtwerke

Erdgasliefervertrag – vertragliche Preisvereinbarung für die Jahre 1985 und 1986; Vertragsänderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Stadtwerke vom 26. 2. 1985 wird der Änderung der Punkte 1.1. und 7.1.1. des mit Gemeinderatsbeschuß vom 29. 11. 1984, ÖAG-Stadtwerke 6216/76, genehmigten Erdgasliefervertrages mit der OÖ. Ferngas GesmbH Linz, wodurch sich aufgrund der Erhöhung der Jahresmenge auf 125 GWh eine Verbesserung des Lastfaktors des Leistungspreises für die Jahre 1985 und 1986 von bisher S 5,308.300,- auf nunmehr S 5,177.100,- p. a. ergibt, zugestimmt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenteilige Auffassungen liegen nicht vor.

Ich danke für die Berichte und bitte nun Kollegen Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen zwei Anträge, und zwar einen des Stadtsenates und einen des Finanz- und Rechtsausschusses zur Beschlußfassung vorlegen.

Der erste Antrag betrifft die Herstellung der Grundbuchsordnung im Bereiche öffentlicher Straßen im Abschnitt Münchenholz I und hat folgenden Wortlaut:

20) Bau2-6058/52

Herstellung der Grundbuchsordnung im Bereiche
öffentlicher Straßen im Abschnitt Münchenholz I.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Herstellung der Grundbuchsordnung im Bereiche öffentlicher Straßen des Bauabschnittes I Münchenholz nach Maßgabe der Vermessungsurkunde des Dipl. Ing. Gert Herunter vom 10. Jänner 1985, GZ. 2085/84, wird zugestimmt und werden die dort ausgewiesenen Grundflächen in das öffentliche Gut zur Arrondierung der Gemeindestraßen bzw. Ortschaftswege übernommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenteilige Meinungen liegen nicht vor.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der zweite Antrag betrifft den Bebauungsplan "Grubergründe - Landarbeitersiedlung" und lautet:

21) Bau2-1588/83

Bebauungsplan "Grubergründe - Landarbeitersiedlung".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bebauungsplan "Grubergründe - Landarbeitersiedlung" wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 7. März 1985 entsprechend den Planunterlagen des Dipl. Ing. Eberhard C. Neudeck vom 5. 6. 1984 gem. § 21 Abs. 4 und 5 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBl. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Keine Wortmeldung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen erhebt sich keine Stimme.

Ich danke für die Berichte. Anstelle von Stadtrat Zöchling bitte ich Kollegen Pimsl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL anstelle des abwesenden Stadtrates Zöchling:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Beim nächsten Antrag handelt es sich um einen zusätzlichen Grundverkauf, und zwar handelt es sich um folgendes:

Im Jahre 1982 hat die Stadt Steyr der GWG mehrere Grundstücke verkauft, um bei einem geplanten Hausbau auch eine Tiefgarage errichten zu können. Da jedoch die Errichtung dieser Tiefgarage wegen der Bodenbeschaffenheit und auch wegen der notwendigen Fundierungsmaßnahmen hohe Kosten erfordert hätte, wurde eine Umpassung vorgenommen und nunmehr ist eine Reihe von Garagen vorgesehen, und zwar 3 Reihengaragen und zusätzliche Abstellflächen. Dies hat zur Folge, daß mehr Grund benötigt wird als ursprünglich vorgesehen und es wird gebeten, diesen Grundverkauf zu genehmigen.

22) ÖAG-269/82

Bauvorhaben GWG Steyr, Steinfeld - Kegelpriel
St VII - zusätzlicher Grundverkauf.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Ergänzung zum Kaufvertrag vom 8. März 1982 wird dem Verkauf der neu geschaffenen Grundstücke 738/1 und 738/12 im Gesamtausmaß von 873 m² zum Preis von S 500,-/m², demnach um S 436.500,- an die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr zugestimmt. Der Kaufpreis wird bis zur Erteilung der Bewohnungs- und Benützungsbewilligung für die auf der Liegenschaft errichteten Wohnobjekte gestundet.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Keine. Dagegen ist niemand, damit ist auch dieser Antrag so beschlossen.

Ich danke für den Bericht.

Wir kommen damit zur Aktuellen Stunde und ich frage die Sozialistische Fraktion, ob ein Beitrag gewünscht wird? Kollege Zagler bitte.

(Beginn der Aktuellen Stunde: 15.20 Uhr).

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Herren Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Anlaß meines Beitrages zur Aktuellen Stunde waren Berichte in den Zeitungen über einen Besuch, den unser Herr Bautenminister Dr. Übleis vor kurzem in Steyr abgehalten hat und wo alle Zeitungen berichtet haben, daß er unter besonders großem Applaus angekündigt hat, rasche, unbürokratische Entscheidungen in seinem Ressort herbeizuführen, das Management in seinem Ressort zu verbessern, dem Umweltschutz in seinem Bautenressort mehr zum Durchbruch zu verhelfen, und vieles andere mehr. Der Zusammenhang ist leicht hergestellt, denn einige Wochen vorher hat uns Bürgermeister Heinrich Schwarz informiert, daß aufgrund einer Verordnung aus dem Bautenministerium den Mietern, vor allem im Stadtteil Ennsleite, eine sehr gewaltige Mieterhöhung drohe, die mit über S 10,-/m², oder in Prozenten gerechnet mit einer über 150 %igen Erhöhung, ausgehen würde.

Schon bevor die Mieter, die betroffenen Mieter der Ennsleite, eine Resolution beschlossen, die von den Mitgliedern im Steyrer Gemeinderat – von der Frau Stadtrat Ehrenhuber, vom Gemeinderat Manetsgruber, von Herrn Gemeinderat Kern und auch von meiner Wenigkeit – initiiert wurde, und diese an unseren Herrn Bürgermeister ergangen ist, war er bereits tätig und hat sich mit seinen Amtskollegen – auch das entnehme ich Zeitungsberichten – in Linz, in Wels, in Wr. Neustadt und anderen Städten zusammengetan, um hier ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen in Richtung der gestellten Resolution. Während manche in Zeitungen schreiben und vorgeben, etwas für die Bevölkerung tun zu wollen, ohne mit der nötigen Mehrheit ausgestattet zu sein, das auch wirklich bewirken zu können, kann es, so glaube ich, nur die Sozialistische Fraktion hier sein, die im Zusammenarbeiten mit dem Ministerium zielführende Verhandlungen pflegen konnte. Deshalb meine Frage an den Herrn Bürgermeister, ob der Besuch des Bautenministers in Steyr sich bezüglich der Mieterhöhung auf der Ennsleite für die Betroffenen geändert hat, ob hier eine Zurücknahme dieser Verordnung zu erwirken war?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich dazu gleich die Mitteilung machen, daß aufgrund eines Gespräches – darauf habe ich ja schon in meiner Einleitung hingewiesen, daß sich der neue Bautenminister Dr. Übleis am Sonntag anläßlich einer Veranstaltung der sozialistischen Partei in Steyr befunden hat – an dem Kollege Wippersberger, Kollege Pimsl und ich teilgenommen haben, wir mit dem Bautenminister in Angelegenheiten Straßenbau, aber auch in dieser Angelegenheit, verhandelt haben. Er hat mir mitgeteilt, daß eine Abänderung dieser Verordnung in Ausarbeitung ist und sie neu erlassen wird und eine wesentliche Änderung gegenüber der bisherigen Verordnung eintreten wird. Und zwar wird an

eine Herabsetzung des Prozentsatzes gedacht, und zwar zunächst von 4 auf 2 % und auch an eine Veränderung des zeitlichen Beginnes, nicht 1. Juli 1985, sondern 1. Jänner 1986. Außerdem soll eine weitere Senkung vorgenommen in der Form, daß nicht eine 2. Etappe mit 2 %, sondern mit 1 Prozent zum Tragen kommt, so daß insgesamt im Laufe der nächsten 2 Jahre rund eine 3 %ige anstelle einer 4 %igen Erhöhung eintreten wird. Das finanzielle Ergebnis in absoluten Zahlen für die Wohnungen auf der Ennsleite kann ich noch nicht genau bekanntgeben, weil hier noch Durchrechnungen erforderlich sind und auch der Text der neuen Verordnung erst studiert werden muß und erst dann die entsprechenden Auswirkungen festgestellt werden können. Ich darf sagen, daß wir erfreut sind darüber, daß die Interventionen – das wurde von Kollegen Zagler schon angeführt – der Städte hier zum Erfolg geführt haben, daß eine wesentliche Milderung eingetreten ist. Ich habe bereits in der letzten Gemeinderatsitzung darauf hingewiesen, daß ich mich bemühen werde und auch schon Aktionen gesetzt habe. Ich muß eines sagen, daß natürlich sofort nach Bekanntwerden, also zu Februarbeginn 1985, dieser Verordnung im besonderen die Kollegen aus dem betroffenen Bereich, Kollege Manetsgruber, Kollege Kern und Zagler gekommen sind und gebeten haben um Intervention. Es liegt auch eine entsprechende Resolution der zuständigen SPÖ-Sektion vor. Diese Resolution wurde auch am Sonntag behandelt. Das Ergebnis, das der neue Bautenminister bekanntgegeben hat, ist sicher für alle Betroffenen erfreulich.

Ergänzend dazu darf ich sagen, das möchte ich hier auch anführen, daß auch Kreditmittel seitens der Gemeinde zur Verfügung gestellt wurden und daß auch in dieser Richtung nach Vorliegen der Verordnung Überprüfungen vorgenommen werden, damit zusätzlich Milderungen eintreten werden. Es ist also nicht richtig, was in Ausendungen dargestellt wurde, daß die Erhöhungen im vorgesehenen Maß mit 1. Juli in Kraft treten. Ich habe das damals schon gesagt, daß das unrichtig ist, weil sich schon abgezeichnet hat, daß hier Bemühungen im Gange sind, um besondere Härten zu vermeiden. Ich darf sagen, daß meinerseits bereits noch dem Herrn Bautenminister Sekanina schriftlich diese unsere Vorstellungen zugegangen sind, gemeinsam mit den Bürgermeistern von Linz und Wels, daß ich in mehreren persönlichen Telefonaten mit Frau Staatssekretär Dr. Eyplbauer dieses Problem behandelt habe und daß man sich im Ministerium bemüht hat, hier eine Möglichkeit zu finden und man hat sich auch letztlich gefunden, diese besondere Härte wesentlich zu mildern. Das ist erfreulich und für die Mieter ein Erfolg und letztlich auch ein Erfolg des Einsatzes, der seitens der Betroffenen und seitens der Stadt getätigt wurde.

Nächster Sprecher ist Kollege Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, geschätzte Herren Bürgermeister!

Es war fast zu erwarten, daß die Siegesfahnen flattern. Schauen wir uns den Sieg einmal an, was kommt tatsächlich für den Steyrer Bürger heraus? Was hier als Sieg dargestellt wird, bedeutet eine Mieterhöhung. Der Sieg bedeutet, daß die Mieterhöhung nicht mit Juli sondern mit Jänner nächsten Jahres stattfindet. Das schließt sich so schön in die allgemeine Politik hinein. Man feiert als Sieg die Zinsertragssteuer, weil es nicht gar so schlimm geworden ist, wie es ausgesehen hat. Man feiert jetzt als Sieg die Anhebung des Zinssatzes der Wohnhauswiederaufbaudarlehen, weil es nicht gar so schlimm war, wie es war. Auf diese Art und Weise wird die Bevölkerung eingelullt. Natürlich kann man nicht anstehen zu sagen, danke schön, daß verhandelt wurde, natürlich kann man nicht anstehen zu sagen, daß es eine Milderung der Belastung darstellt. Aber natürlich kann ich nicht zustimmen, daß man von einer Senkung spricht. Das ist ja das Umdrehen von Begriffen in Perfektion. Zuerst stelle ich eine Erhöhung von Tarifen oder Steuern in Aussicht, dann wird die Erhöhung nicht gar so schlimm und gar so arg und dann Siegesfanfare, wir haben gesenkt. Meine Damen und Herren, so geht man heute in der Öffentlichkeit mit dem denkenden

Staatsbürger um. Das ist die Realität. So weit einmal zum Sprachgebrauch, der dann und wann einreißt. An sich ist es ja traurig, wir haben eine Bundesregierung, die Dinge beschließt mit verschiedenen Absichten und es bleibt dann den Mehrheitsfraktionen der großen Städte nichts anderes übrig, als ihre Sektionsfunktionäre aufzufordern, geht Unterschriften sammeln, damit diese Regierung ihre Beschlüsse widerruft. Glauben Sie, daß das so schön ist, glauben Sie, daß das so elegant ist, glauben Sie, daß wir auf diese Regierung wirklich stolz sein müssen? Ich bin froh, daß unsere Bürger nicht schon mit Juli belastet werden, muß allerdings hinzufügen, und die Mitglieder des gemeinderätlichen Wohnungsausschusses werden mir recht geben, daß auch dieses Gremium sich gedanklich mit der Situation auseinandergesetzt hat, und daß auch hier Funktionäre, die nicht nur sozialistischer Herkunft sind, sich sehr wohl Gedanken gemacht haben, wie denn vom Bürger die größte Belastung weggenommen werden könnte. Daß natürlich der triumphale Verzicht eines neuen Ministers auf einige Mittel die Überlegungen momentan offenbar nicht ganz notwendig erscheinen läßt, zumindestens auch die nächsten 9 Monate nicht ganz notwendig erscheinen läßt, könnte man nur vordergründig gutheißen, wenn man den Kopf bis zum Jänner in den Sand steckt. Im Jänner wird dann die Bevölkerung wieder konfrontiert sein mit dem Problem, daß dann die Mieten nicht im groben Durchschnitt um S 800,- pro Wohnung teurer werden, sondern nur um S 400,-, weil eben die Hälfte von 800 eben 400 ist, weil halt die Hälfte von 4 % 2 % ist.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Erst hältst Du einen großen Vortrag über Zinsen- und Kapitalkosten und dann machst Du mit einem so biederem Vergleich wieder alles zunichte.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich glaube, daß es mir nicht zukommt, einem Magister der Betriebswirtschaft Nachhilfestunden in Mathematik zu geben, aber ich glaube, daß es mir wohl zukommt, daran zu erinnern, daß das Problem noch nicht ganz vom Tisch ist. Wie weit es geschickt war, zuerst die Siegesmeldung zu machen und dann zu bezweifeln, daß ich den Unterschied kenne zwischen Annuität und Verzinsung, das ist wieder etwas anderes. Das ist Dir unbenommen. Wir können jetzt grenzenlos in Zwischenruf und Gegenrede herumtun, ich weiß, daß Du Zwischenrufe machen kannst, Du weißt, daß ich zurückreden kann. Ich weiß, daß ich nur 5 Minuten reden darf und ich weiß auch, daß diese 5 Minuten fast vorbei sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf zu diesem Problem doch noch einen Satz sagen, weil das jetzt anders dargestellt wurde. Wohnbaumäßig haben sich ja einige Gesetze geändert, und zwar mit Jänner 1985, die haben auch in anderen Bereichen wesentliche Auswirkungen. Die gesetzte Maßnahme, das weiß jeder, ist aufgrund der Unterschiedlichkeit der Mietenentwicklung zustande gekommen. Es ist darum gegangen, die Wohnbauförderung mit Mitteln auszustatten, daß gewisse Härten bei der Neugestaltung der Mieten bei Neubauten vermieden werden. Es geht letztlich darum bei dieser Verordnung, daß die Wohnbauförderung größere Beträge hereinbekommt beim Rücklauf der gewährten Darlehen, durch die Verzinsung beim gewährten Darlehen. Daß natürlich hier unterschiedliche Belastungen entstehen, ist klar, denn es kommt ja auch darauf an, wann die Häuser gebaut wurden. Das ist ja in ganz Österreich sehr verschieden. Es gibt Gebiete, wo diese Auswirkung mit den 4 % lediglich S 2,-/m² betragen hätte. Durch den Zeitraum, in dem der Steinbrecherring errichtet wurde, der ja verhältnismäßig spät errichtet wurde und verhältnismäßig große Beträge noch aushaftend sind, ist der Betrag eben so hoch. Es ist darum gegangen, bei unseren Interventionen diese Spitzenbelastungen abzubauen. Das ist gelungen. Es ist schon eine Erfolgsmeldung,

auf der einen Seite können wir durch diese Maßnahme in anderen Bereichen günstigere Mieten gestalten und die Belastung der Mieter trotzdem nicht in der vorgesehenen Höhe durchführen. Das ist ein Erfolg, der erzielt wurde und der aufgrund unserer Interventionen österreichweit zustande gekommen ist. So ist die Situation. Ich bitte, das entsprechend zur Kenntnis zu nehmen. Ich darf nochmal betonen, daß wir seitens der Gemeinde auch unseren Beitrag, so weit es möglich ist, leisten werden. Die Durchrechnungen müssen erst erfolgen und man muß erst den Text dieser Verordnung kennen, dann kann man die Größenordnungen tatsächlich sagen. Es ist erst möglich, wenn man das konkret weiß.

Wünscht noch jemand zu diesem Punkt zu sprechen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es wurde bereits sehr viel von den Vorrednern zu diesem aktuellen Thema gesagt, ich kann nur namens der Freiheitlichen Fraktion feststellen, daß es doch erfreulich ist, daß den von den Erhöhungen betroffenen Mietern durch jene Interventionen, die Kollege Zagler und auch Bürgermeister Schwarz aufgezeigt haben, geholfen werden kann. Damit ist gewährleistet, daß die Erhöhungen nicht in voller Höhe zuschlagen. Bedauerlich ist aber, daß es überhaupt Erhöhungen geben wird und daß diese notwendig sind. Wir unterstützten jedoch seitens unserer Fraktion alle Bestrebungen und Bemühungen, so weit es uns möglich ist, daß es zu keinen besonderen Härten kommt. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Tremml dazu.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Nachdem heute die große Mehrheit diese Frage in der Aktuellen Stunde gestellt hat, muß ich doch in Erinnerung rufen, daß es nicht der Herr Bürgermeister war – ich widerspreche ihm ja nicht gerne – der diese Frage im letzten Gemeinderat auf die Tagesordnung gesetzt hat, sondern daß ich in der letzten Sitzung anläßlich der Aktuellen Stunde bereits die Auswirkungen dieses unsozialen Wohnhaussanierungsgesetzes erwähnt habe. Bitte das nicht zu verwechseln mit Wohnbauförderungsgesetz. Hier geht es darum, daß der Staat Mittel aufbringt, um die Wohnhaussanierung durchzuführen. Dieses Wohnhaussanierungsgesetz ist von der Sozialistischen Partei und dem lieben kleinen Koalitionspartner – in seiner Rede hat er das wiederum bewiesen – beschlossen worden und das habe ich schon damals aufgezeigt. Damals ist Euch die Sprache weggeblieben. Es hat nämlich kein einziger Mandatar in diesem Raum das Wort dazu ergriffen, offenbar interessiert es Euch nicht, habe ich damals gesagt. Es war ..

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Darf ich feststellen, daß ich bei dieser Sitzung nicht anwesend war, sonst hätte ich mich schon gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Es war einzig und allein Bürgermeister Schwarz, der hier ad hoc Stellung genommen hat. Meine Damen und Herren, allein in Oberösterreich sind durch dieses unsoziale Wohnhaussanierungsgesetz 11.000 Haushalte, darunter 5.000 Familien allein in diesen 3 Statutargemeinden, betroffen. Die Mieterhöhung, wie Sie wissen, hätte aufgrund dieser Verordnung – es ist ja ein Gesetz und eine Verordnung, die am 1. Juli in Kraft getreten wäre – zu einer Mietzinssteigerung von ca. S 500,- bis S 1.000,- pro Monat geführt, und das besonders auf der Ennsleite. Die KPÖ-Fraktion hat, – das ist auch kein Geheimnis – hier im Gemeinderat, das wissen Sie selbst, beim Bautenminister

und mit Hilfe anderer Medien, besonders unseres Parteiorganes "Vorwärts" die Öffentlichkeit über dieses mietenfeindliche Gesetz und die Verordnung des Ex-bautenministers Sekanina informiert, aber auch gleichzeitig damit zum Ausdruck gebracht und schärfstens protestiert. Ich war auch der Meinung und habe auch damals von der ÖVP, von der SPÖ, von der FPÖ verlangt, sich diesem KPÖ-Protest, wie ich ihn damals nannte, anzuschließen und daß ein umfassender Protest in dieser Frage notwendig sei. Dazu haben Sie geschwiegen, nur Bürgermeister Schwarz meinte abschließend meiner Wortmeldung, das können Sie im Protokoll nachlesen, daß es sich hier um ein Gesetz handelt, welches man durchführen müsse. Er werde jedoch mit anderen Statutarbürgermeistern versuchen, eine Milderung zu erreichen. Das ist die Tatsache. Die Empörung der Ennsleitner Mieter wurde in einer Resolution – sie wurde hier auch schon angezogen – anläßlich der Jahreshauptversammlung, die viel später war, verfaßt und an Bürgermeister Schwarz, Landesrat Neuhauser so wie auch an den Bautenminister gesandt, in der man sich gegen dieses Gesetz aussprach. Was bis jetzt herausgekommen ist, trotz dieser Jubelmitteilung, ist etwas anderes.

Das heißt, daß die massiven Proteste, vor allem aus der Bevölkerung, gegenüber dem Bautenminister gezeigt haben, und gleichzeitig genötigt haben, den Beginn der Mietenerhöhung auf 1. Jänner 1986 zu verschieben. Ich möchte sagen, also nach die Landtags- und Gemeinderatswahlen vom 6. Oktober. Das war mit ein Grund. Aber grundsätzlich möchte ich sagen, zeigt sich, der alte Grundsatz, den ich hier schon öfter erwähnt habe, wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt, hier hat man sich seitens der Bevölkerung gewehrt und hat zumindest einen Teilerfolg erreicht. Es wurde versprochen, wie auch Bürgermeister Schwarz heute schon aufgezeigt hat, daß die Verzinsung von 4 auf 3 Prozent zu senken sei. Angefangen wird am 1. 1. 1986 mit 2 % und per 1. 1. 1987 auf 3 % erhöht. Das bedeutet, aus taktischen Wahlgründen wird die Mietzinserhöhung bis nach den Wahlen aufgeschoben. Aber die Absicht der SP-Bundesregierung bleibt weiterhin, die bisher zinsenlosen Wohnhauswiederaufbaudarlehen mit Zinsen zu belasten. Es bleibt weiterhin bestehen, daß 11.000 Oberösterreicher, darunter 400 Steyrer Mieter am Steinbrecherring und in 3 Wohnhäusern an der Arbeiterstraße sowie im Münchenholz, ab 1. 1. 1986 zwischen S 250,- und S 500,- und ab 1. 1. 1987 zwischen S 375,- und S 750,- mehr pro Monat an Miete bezahlen müssen.

Dafür, meine Damen und Herren, erhielt, wie auch heute schon aufgezeigt wurde, Dr. Übleis bei der SP-Bezirkskonferenz, die am Sonntag im Casino stattgefunden hat, von den SP-Funktionären viel Applaus. Aber fast zur gleichen Zeit möchte ich sagen, haben wir Kommunisten in der Bezirkskonferenz eine Entschließung beschlossen und an Bautenminister Übleis übermittelt, in der schärfstens gegen diese unsoziale Maßnahme protestiert wird und die sofortige Aufhebung des § 33, Abs. 3 des Wohnhaussanierungsgesetzes und der diesbezüglichen Verordnung des ehemaligen Bautenministers Sekanina verlangt wird.

Ich fordere daher heute neuerlich alle Mitglieder des Gemeinderates, alle Vertreter der Parteien auf, im Interesse der betroffenen Mieter gegen die Einführung neuer Verzinsung der Wohnhauswiederaufbaudarlehen durch die SP/FP-Regierung zu protestieren und gleichzeitig ebenfalls die Aufhebung des im Nationalrat beschlossenen § 33 Abs. 5 des Wohnhaussanierungsgesetzes gemeinsam zu verlangen. Das wäre der richtige Schritt, den heute der Gemeinderat unternehmen müßte, um die Mieter zu verschonen, in Zukunft derartige Mietzinserhöhungen in Kauf nehmen zu müssen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nach diesem Beitrag ist dieser Punkt erledigt. Ich darf nur noch dazusagen, Kollege Tremel hat bei seinen Aussendungen hinsichtlich der Höhe nicht recht gehabt, hinsichtlich des Zeitpunktes. Ich darf Dir sagen, daß auch die Beträge, die Du jetzt gesagt hast, nicht stimmen. Die Richtigkeit der Aussendung ist in jeder Hinsicht in Zweifel

zu setzen. Es wird sicher nicht so, wie Du es geschildert hast. Die letzte Aussen-
dung ist bereits widerlegt, wo Du dezidiert erklärt hast, daß das so ist. Es ist
aber nicht so, weil wir uns eben bemüht haben, eine Änderung herbeizuführen. Bei
der nächsten wird es wieder so sein. So ist die Situation, die tatsächliche Situation
wird sich zeigen, wenn die Umstände eintreten.

Die nächste Partei ist die ÖVP, ich bitte dazu Kollegen Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich befasse Sie heute in der Aktuellen Stunde seitens der Österr. Volkspartei mit
einem Thema, das an und für sich nicht neu ist, sondern das bereits seit langer Zeit
durch die Medien und durch verschiedene Parteipublikationen geistert. Ich befasse
Sie heute mit dem Thema eines Modelles für die objektive Personalpolitik in unserer
Stadt Steyr. Wie Sie ja selber wissen, ist eine entsprechende Bestrebung auch auf
Seiten des Landes und auf Landesebene im Gange, auch ein Bestreben der sozialisti-
schen Mehrheitsfraktion hier im Raume, aber auch der sozialistischen Partei in Ober-
österreich, eine Objektivierung der Personalpolitik, eine Objektivierung bei der Auf-
nahme des Personals in die entsprechenden Dienststellen herbeizuführen. Das, was
man auf Landesebene verlangt, wird man sicherlich auch hier in diesem Hause, wo
man ja die Mehrheit hat, und wie es so schön heißt das Sagen hat, nicht ablehnen kön-
nen. Meine Fraktion hat gestern anläßlich der Obmännerkonferenz den Obmännern der
hier im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien und natürlich in erster Linie dem
Herrn Bürgermeister ein Arbeitspapier, eine Gesprächsgrundlage zu diesem Thema,
überreicht. Die Zeit von 5 Minuten reicht nicht aus, um es genau zu explizieren, ich
darf also nur die wesentlichsten Fakten hervorheben, daß erst Einstellungen aufgrund
einer erfolgten Ausschreibung erfolgen können. Daß sich damit eine Personalkommis-
sion zu befassen hat, die sich aus Vertretern aller im Gemeinderat vertretenen poli-
tischen Parteien zusammensetzt. Hier betone ich ausdrücklich, alle Parteien, so daß
also von dieser Sicht her eine objektive Vergabe und Information gewährleistet ist.
Und daß den Parteienvertretern eine ebenso große Anzahl von Dienstnehmervetretern
der Personalkommission gegenübersteht. Auch so weit sind wir selbstverständlich be-
reit und respektieren es, daß der Vorsitz von Seiten der Mehrheitsfraktion geführt
werden kann, daß aufgrund einer Ausschreibung und aufgrund eines entsprechend ob-
jektiven Punktesystems die Bewerber von der Personalkommission dann zur Aufnahme
empfohlen werden. Daß sicherlich auch die Möglichkeit besteht, einer Empfehlung der
Personalkommission nicht nachzukommen, das bleibt unbenommen.

Ich habe Ihnen aber folgendes und gerade aus der jetzigen Sicht, wie es bei uns der-
zeit der Fall ist, zu unterbreiten. Wie, meine geschätzten Damen und Herren, erfährt
überhaupt jemand, daß am Magistrat jemand aufgenommen wird, in dieser oder jener
Abteilung, sei es im Bereich des Wirtschaftshofes, sei es im Bereich des gehobenen
Dienstes usw? Bis heute weiß kein Vertreter der anderen Parteien, da schließe ich
mich nicht aus, daß dort oder da Personal zur Aufnahme vorgesehen ist, geschweige
denn überhaupt jemand anderer, daß am Magistrat eine Dienststelle zu besetzen ist.
Es sei denn, er wird über eine Sektion davon in Kenntnis gesetzt.

Die nächste Überlegung ist doch dabei aber auch, welche Möglichkeiten hat ein Be-
werber, hier um Aufnahme anzusuchen, wenn er nicht ein entsprechendes Parteibuch
hat? Unsere Absicht, auch auf Landesebene bezogen, ist, weg vom Parteibuch. Unsere
Absicht ist – Kollege Reisner lacht, weil er logischerweise unter Umständen sonst
seine 100 %igen Wahlergebnisse nicht halten könnte hier in Steyr – und wir wollen um
Gottes Willen grundsätzlich einmal vermeiden, daß nur das Parteibuch die Aufnahme
bedeutet und nicht die Qualifikation und nicht die Fähigkeit. Wir wollen einmal haben,
daß ein Bürger auch entsprechend mündig behandelt wird. Eines, meine Damen und
Herren von Seiten der Sozialistischen Partei, ich kann nicht sagen, auf Landesebene
muß das durchgeführt werden, weil das so und so ist, das uns nicht gefällt, und in je-

nen Bereichen, wo wir selbst hier die Möglichkeit haben, das durchzuführen, was ich auf Landesebene fordere, dort würde ich mich verschließen. Schauen Sie, meine Damen und Herren, dieses Papier soll eine Gesprächsgrundlage sein, dieses Papier ist allen Fraktionen zugeleitet worden. Ich lade Sie ein, darüber zu reden. Ich lade Sie ein, eine Regelung zu finden, die eine entsprechende Transparenz, aber auch eine entsprechende Gleichgewichtigkeit, nicht politisch gesehen, sondern im Bezug auf die Wertung des Bewerbers, herbeiführt. Ich bin überzeugt davon, wenn Sie guten Willens sind, daß wir zu einer Regelung kommen. Ich sage es auch, so weit sind wir, Kollege Reisner, daß unabhängig davon, was in den Statutarstädten diesbezüglich an Ergebnissen erzielt wird, auf Landesebene die Objektivierung durchgezogen wird. Da sieht man, daß auf jeden Fall hier nicht die Großzügigkeit, sondern auf jeden Fall die Transparenz seitens unserer Partei gewährleistet erscheint. Worte, die ich schon gehört habe, meine Damen und Herren, das muß in den anderen Gemeinden natürlich genau so geschehen, sehe ich ein, aber jedes Ding hat einmal einen Anfang zu setzen. Bis jetzt habe ich noch nicht erlebt, daß etwas sofort 100 %ig war. Wenn Sie nicht willens sind dazu, müssen Sie sich sicherlich sagen lassen, meine Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitspartei, daß Sie nicht unbedingt für die objektive Vergabe sind. Wenn es schon so weit ist, Scheinobjektivierung, das trifft Sie nicht, aber andere, es gibt hier im Kreise Kollegen, die aufgrund der von Ihnen angefeindeten Objektivierung zu einem Posten gekommen sind. Aber das steht auf einem anderen Blatt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Für die Sozialistische Partei hat sich zu diesem Thema Kollege Wippersberger gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, Kollege Fritsch hat gestern im Anschluß an die Fraktionsobmännerbesprechung, die in der Mittagszeit abgeführt wurde, unserem Bürgermeister, mir und den beiden anderen Fraktionsobmännern dieses nunmehr vorliegende Schriftstück mit der Überschrift "Modell für die Grundsätze einer objektiven Personalpolitik in den Statutarstädten" übergeben. Mir war es in der relativ kurzen Zeit seit gestern Mittag wirklich noch nicht möglich, dieses Schriftstück einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Als der für Personalfragen zuständige Referent und auch als Fraktionsführer der Mehrheitsfraktion erkläre ich mich aber unter gewissen Voraussetzungen durchaus gesprächsbereit. Erste Voraussetzung wäre natürlich, daß diese vorgeschlagene Regelung im vollen Umfang analog und buchstabengetreu auch auf Landesebene, beim Landesdienst, tatsächlich zum Tragen kommt. Eine weitere Voraussetzung wäre auch, daß man auch beim Landesdienst, so wie man es bei den Statutarstädten verlangt, den gesamten Bereich mit einschließt und nicht nur den wesentlich kleineren Teilbereich der Hoheitsverwaltung. Es kann doch nicht sein, lieber Kollege Fritsch, daß diese Regelung für die 3 Statutarstädte Linz, Wels und Steyr, für alle Bereiche, das heißt für die Hoheitsverwaltung und alle Servicebereiche, wie z. B. Wirtschaftshof, Stadtwerke usw. gilt, für das Land aber nur für die Hoheitsverwaltung, für einige Büros im Landhaus. Was ich mich noch frage, lieber Kollege Fritsch, Du hast schon angeführt, ja warum nicht auch für die anderen 442 oberösterreichischen Gemeinden? Warum nicht auch dort? Ist das vielleicht deswegen nicht, weil in diesen Gemeinden mindestens 80 % einen ÖVP-Bürgermeister stellen?

Erlauben Sie mir, liebe Kollegen aus der ÖVP-Fraktion, daß ich die Ernsthaftigkeit des ÖVP-Vorschlages stark anzweifle. Ich erinnere mich, daß seitens der Österr. Volkspartei vor der letzten Landtagswahl, also vor nunmehr 6 Jahren, bereits von der Einführung einer Objektivierung beim Landesdienst gesprochen und geschrieben wurde. Jetzt wiederum wird gerade vor der Landtagswahl 1985 diese Aktivität der ÖVP auf-

auf gezeigt. Es scheint, man will damit berechnete Kritik wegen einer jahrzehntelangen einseitigen ÖVP-Personalpolitik auf Landesebene zum Schweigen bringen und damit auf Stimmenfang ausgehen.

Dennoch möchte ich nochmals feststellen, daß ich durchaus gesprächsbereit bin, daß diese Gespräche aber nur Aussicht auf Erfolg haben können, wenn gewisse Voraussetzungen, die von mir bereits ausgeführt wurden, tatsächlich zutreffen. Befremdend für mich in diesem Zusammenhang war auch die gestrige Ausgabe der Steyrer Zeitung mit 2 Artikeln in dieser Angelegenheit. Da steht z. B. als Überschrift des einen Artikels in großen Lettern "Parteibuchwirtschaft im Rathaus wird endlich der Kampf angesagt". Dann liest man weiter auf unsere Gemeinde bezogen, wichtigste Aufnahmebedingung ist fast immer das Parteibuch. Ich verwehre mich gegen diese Äußerungen der Steyrer Zeitung auf das Energischste und darf feststellen, daß dies nicht den Tatsachen entspricht. Das ist eine glatte Verleumdung. Tatsache ist, daß wir bei Einstellungen immer die Eignung und die sozialen Verhältnisse der einzustellenden Personen in den Vordergrund unserer Überlegungen stellten, nicht aber das Parteibuch. Feststellen und besonders unterstreichen möchte ich noch, daß unsere bisherige Regelung bei Personaleinstellungen parteipolitisch gesehen bei weitem demokratischer ist als jene des Landes Oberösterreich. Aber darüber liest man nichts in der Steyrer Zeitung. Das wird auch von der Steyrer Zeitung totgeschwiegen. So haben wir als Magistrat Steyr, lieber Kollege Holub, eine Personalkommission eingerichtet,

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Die zweimal im Jahr tätig ist!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

.. eine Personalkommission, in der auch die Österr. Volkspartei vertreten ist und in der über alle Personaleinstellungen entschieden wird. Ähnliches gibt es auf Landesebene überhaupt nicht, dort wird ausschließlich durch Funktionäre der ÖVP über Personalaufnahmen entschieden.

Abschließend nochmals, ich verwehre mich energisch gegen diese Vorwürfe, diese sind eine glatte Verleumdung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Pimsl ist der nächste Redner.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Es ist eine bewährte Methode der ÖVP, von eigenen Problemen dadurch abzulenken, in dem man Forderungen aufstellt, die dann von den anderen verlangt werden. Nachdem man aber scheinbar keine Handhabe hat, etwas zu behaupten, veranlaßt man die einem nahestehende Presse, vorerst sehr wütende Angriffe gegen eine Verwaltung vorzunehmen, um überhaupt einen Anlaß zu haben, etwas zu verlangen. So geschieht es bekannterweise seit Jahren bei der ÖVP. Sie beherrscht die Personalpolitik im Land und in den von ihr dominierten Gemeinden in einem Ausmaß, welches kaum mehr überbietbar erscheint und weiß auch, daß das in der Öffentlichkeit bekannt ist und seit vielen Jahren großes Unbehagen verursacht. Aber es kommt halt die Wahlzeit immer näher, wir sind ja schon in der Vorwahlzeit, und sie sind bekannterweise derzeit in einem sehr großen Tief in der Wählergunst. Ich kann auch nichts dafür, daß Ihr den Mock habt, der Loisl soll Euch lange erhalten bleiben. Aber eines muß ich sagen, so kann man Politik, zumindest seriöse Politik, nicht betreiben. Es hätten, Herr Kollege Fritsch, Ihre Ausführungen sicherlich auch bei der Sozialistischen Fraktion zweifellos mehr Anklang gefunden, wenn man Ihre Ausführungen nicht schon Tage vorher in der Steyrer Zeitung lesen hätte können mit den entsprechenden Unter-

stellungen. Man kann über Objektivierung durchaus sprechen. Bei uns ist es nicht üblich, daß zuerst nach dem Parteibuch gefragt wird und dann aufgenommen wird. Gehen Sie in das Landeskrankenhaus Steyr und fragen Sie Ihre Kollegen, wie das dort gehandhabt wird, dann werden Sie es sehen, wie das dort vor sich geht. Das ist nur ein Beispiel, man kann das auch bei der OKA

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich bin neugierig, was Ihre sozialistischen Betriebsräte im Krankenhaus dazu sagen!

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Herr Kollege, wir wissen, was gespielt wird, macht Euch nicht schöner als Ihr seid. Ihr werdet es sowieso nicht. Ich muß nochmals eines erwähnen, es gibt keinen Einwand, eine Objektivierung dort vorzunehmen, wo es möglich und richtig erscheint. Wenn man dann mit scheinheiliger Miene sagt, man muß irgendwann einmal anfangen, dann frage ich mich, warum die ÖVP immer bei den anderen anfangen will und nicht bei sich selbst.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Auf Landesebene haben wir angefangen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Die Objektivierung, die Sie meinen, dazu muß ich sagen danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Landeshauptmann Dr. Grüner wurde am 17. Jänner schriftlich zu Gesprächen dazu eingeladen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich werde als Bürgermeister auch noch ein paar Worte dazu sagen. Kollege Eichhübl ist der nächste Redner.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Grundsätzlich, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich für die Freiheitliche Fraktion feststellen, daß wir die Vorlage dieses Parteienübereinkommens von den Kollegen der ÖVP positiv werten, weil auch wir glauben, daß im Bereich der Personalpolitik eine zeitgemäße Reformierung notwendig ist, auch auf Landes- und Gemeindeebene. Allerdings wären nach Durchsicht dieser Unterlagen aus unserer Sicht einige Anmerkungen zu machen. Beispielsweise eine Definition der Dringlichkeit unter Punkt 3) und unter Punkt 6) der Zusammensetzung der Personalkommission bzw. der sich daraus ergebenden Beschlüsse müßten überlegt werden. Falls es zu diesem Parteienübereinkommen kommen sollte, werden wir uns sicherlich anschließen. Ich freue mich auch, daß Kollege Wippersberger diese Bereitschaft zugesichert hat, denn ich glaube, wenn dies ehrlich gemeint ist, dann könnte man sicherlich zu einer Lösung kommen. Mehr möchte ich im Moment dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Erlauben Sie auch mir einige Bemerkungen zum vorgetragenen Modell für eine objektive Personalpolitik in den Statutargemeinden. Ich möchte auch hier unterstreichen, daß wir Kommunisten immer und auch in Zukunft gegen Willkür, Protektion und Parteibuchwirtschaft aufgetreten sind. Als Sprecher der KPÖ habe ich die Personalpolitik im Land, aber auch in den Landgemeinden, und auch in der Stadt Steyr und anderen Statutargemeinden schon angeprangert, wenn die Einstellung und Beförderung von Bediensteten und Beamten nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgenommen wurde. Leider in den meisten Fällen, das möchte ich auch sagen, ohne Erfolg. Das kann man auch an den Wahlergebnissen bei den Personalvertretungswahlen ablesen, ob das im Land oder auch in den Statutargemeinden ist.

Im Land herrscht eben der schwarze Landesfürst und in den Statutargemeinden die mächtige, rosarote SPÖ. Wir Kommunisten sind für eine demokratische, objektive Personalpolitik im Land sowie auch in den Gemeinden. Die Einstellungskriterien bei Neuaufnahmen müssen die fachliche Eignung, die Schul- und Berufsbildung und auf keinen Fall die Parteizugehörigkeit sein. Die Freunderl- und Protektionswirtschaft könnte nach meiner Auffassung zumindestens in unserem Stadtbereich sofort abgestellt werden, wenn alle politischen Parteien des Gemeinderates in der gemeinderätlichen Personalkommission vertreten wären. Es wurde auch schon hingewiesen, daß es derzeit so ist, daß die SPÖ als Mehrheitspartei, aber auch die Österr. Volkspartei seit Jahren dort vertreten sind und mitreden können. Wenn man die seit vielen Jahren geübte undemokratische Personalpolitik vor allem im Land und in den Gemeinden von der Österr. Volkspartei zum Wahlkampfthema erhebt, so bezeichne zumindest ich dies als eine ausgesprochene Heuchelei vor Wahlen, wo man bestimmte Stimmen fangen will.

Die Österr. Volkspartei hat mit Unterstützung der Freiheitlichen, um nicht zu sagen durch einen Kuhhandel, seit vielen Jahren die Macht im Lande. Die Österr. Volkspartei hat auch die Mehrheit in einem Großteil der oberösterreichischen Gemeinden. Ich frage Sie daher, meine Damen und Herren der Volkspartei, warum haben Sie in Ihrem Machtbereich im Landhaus, in den Landeskrankenhäusern, in den Schulen, nicht schon längst diese Protektion und Parteibüchelwirtschaft abgeschafft? Es ist nach wie vor üblich, daß die örtlichen Pfarrer bei Einstellung in den Landesdienst Befürwortungsschreiben geben müssen und Politiker dazu Empfehlungen geben. Ich könnte eine Reihe von Beispielen aufzeigen, die auch von Steyr ausgehen. Z. B. ein Bewerber ohne religiöses Bekenntnis – auch das steht nicht in diesem Modell – hat überhaupt keine Chance auf eine Landesanstellung. Obwohl die KPÖ-Fraktion ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Das sind Behauptungen, die aus der Luft gegriffen sind.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

in der Personalkommission der Stadt Steyr nicht vertreten ist, bin ich gegen Protektionseinstellungen aufgetreten. Ich habe das nie von der Österr. Volkspartei gehört. Im Ergebnis wurden auch von mir konkrete Probleme gelöst und auch durchgesetzt. Ich führe auch hier ein Beispiel an, es wurde z. B. eine Kindergärtnerin mit ausgezeichnetem Prüfungsergebnis bei der Stadt Steyr nicht eingestellt, da der Vater angeblich ein Kirchengeher ist, trotzdem die Mutter der SP angehört. Ich habe interveniert und Bürgermeister Schwarz – damals als Vizebürgermeister – hat dieses Unrecht gegenüber diesem talentierten Mädchen beseitigt und sie in den Gemeindedienst aufgenommen. Mir ist seit dieser Zeit hier in Steyr kein zweiter Fall bekannt, dieser wurde korrigiert.

Ich bin daher der Meinung, unabhängig von der undemokratischen Personalpolitik im Land und in den sogenannten "schwarzen" Gemeinden, soll meiner Meinung nach die SPÖ-Mehrheit in Steyr ein Beispiel setzen und als ersten Schritt neben dem SPÖ- und ÖVP-Vertreter auch die zwei Minderheitsfraktionen in die Personalkommission

der Stadt mit Sitz und Stimmrecht aufnehmen. Damit würde die derzeitig existierende Form der Personalkommission als eine SPÖ-ÖVP-Alibigemeinschaft beseitigt und gleichzeitig eine objektive demokratische Personalpolitik der Gemeinde Steyr erreicht. Ich glaube, das ist auch im Sinne des Wortführers dieses Modelles, des Kollegen Fritsch.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir auch als Bürgermeister, laut Statut steht mir das zu, zu diesem Thema ein paar Sätze zu sagen. Der Vorschlag, den Kollege Fritsch schriftlich überreicht hat, wird natürlich geprüft, weil man über diese Dinge reden soll. Dazu ist auch eine Standortbestimmung notwendig, was von dem, was drinnen ist, an sich ohnehin alles verlangt ist. Die Städte sind ja jetzt deswegen ins Gespräch gekommen, weil beim Land – Du hast ja gesagt, man muß irgendwo beginnen – das, was dort begonnen wird, es bei uns schon gibt, seit es ein Statut gibt. Das möchte ich sagen. Jede Einstellung, liebe Freunde, jede Personaleinstellung, ob das ein Hilfsarbeiter im Wirtschaftshof oder der Magistratsdirektor ist, wird bei uns im Stadtsenat beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Berichtet!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Beschlossen, berichtet wird es, wenn jemand provisorisch eingestellt wird. Jede Definitivstellung wird im Stadtsenat beschlossen. Wo ist der Beschluß der Landesregierung? Das ist auch ein Kollegialorgan, wo sind die Beschlüsse bei Einstellungen im Land? Wir vergleichen schon, so geht es nicht, daß man sagt, die Städte müssen das tun, das Land nicht. Wir werden sehr deutlich die Standorte festlegen, wie es aussieht. Wir sind bereit, darüber zu reden, aber bitte auch auf Landesebene. Selbstverständlich kann das nicht nur für die 3 Statutarstädte gelten, sondern wenn man darüber redet, dann ist das ein generelles Thema. Außerdem bin ich gegen Unterstellungen, da wird immer etwas gesagt und da bitte ich schon, Fakten zu nennen, wer wurde vom Personalreferenten, von mir aufgenommen. Ich bitte, mir nur einen Namen zu nennen. Bitte, mir einen Namen zu nennen von jemandem, dem gesagt wurde, er möge zur Partei gehen, dann funktioniert das. Das wird sicher nicht möglich sein, denn das ist noch nie passiert. Ich habe noch nie jemanden aufgefordert, zur Partei zu gehen, damit er zum Magistrat kommt. So wahr ich da stehe. Immerhin war ich ca. 10 Jahre Personalreferent. Ich möchte mich gegen diese Dinge verwahren. Ich kann mir vorstellen, daß beim Land Oberösterreich alle Aufnahmen, so wie bei uns, in der Landesregierung beschlossen werden. In der Regel geht das ja einstimmig, weil das sehr schwierig ist. Es ist auch sehr schwierig, weil man die Sozialverhältnisse vergleichen muß usw. Diese Vorgänge sind kompliziert und man sieht ja, wie das bei der Lehrerbeurteilung ist, auch da gibt es trotz der Objektivierungsrichtlinien viele Ungerechtigkeiten. Ich möchte sagen, wir werden darüber sprechen, aber die demokratischste Form, die es derzeit gibt, ist bei den Magistraten eingeführt. Nicht nur durch die Personalkommission, die überall woanders fehlt, sondern auch durch den tatsächlichen Beschluß der Aufnahme durch den Stadtsenat. Karl und Manfred, Ihr beide habt bei jedem Beschluß die Möglichkeit, dagegen zu sein.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Aber was bringt das dann, der ist dann 3 Monate im Betrieb und wird dann entlassen, wer macht so etwas?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Unsere sozialistischen Mitglieder in der Landesregierung wären sehr froh, wenn sie diese Möglichkeit dort hätten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Die haben nicht einmal das.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir werden über dieses Thema emotionsfrei reden. Wir sind bereit, darüber zu reden und dort, wo Möglichkeiten bestehen, etwas zu ändern. Es wird sicherlich viele Punkte geben, über die man sich einigen kann und wir werden daraufkommen, daß es viele Punkte gibt, die bereits verwirklicht sind. Das muß einer genauen Prüfung unterzogen werden. Das wollte ich zu diesem Problem sagen. Es ist halt jetzt Wahlzeit und jetzt aktuell, wenn man gegen solche Dinge ist. Das ist halt ein jahrelanges Versprechen und man hat ein schlechtes Gewissen und das ist jetzt wachgerufen worden. Man will halt vor der Wahl sagen, daß man das noch verwirklicht hat. Ich kenne auch die Vorschläge auf Landesebene, da gibt es auch viel zu sagen, da drinnen werden gar keine oder nur wenige Zugeständnisse gemacht. Wir sind gesprächsbereit und ich hoffe, daß wir zu einer Einigung in diesem Punkt kommen werden. Mehr möchte ich als Bürgermeister zu diesem Thema nicht sagen, das damit momentan abgeschlossen ist.

Ich frage aber, ob noch jemand einen Beitrag wünscht? Der Herr Kollege Humer hätte noch einen Punkt seitens der FPÖ, bitte.

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Anläßlich der Aktuellen Stunde darf ich im Namen der Freiheitlichen Fraktion auf ein Problem hinweisen, das auch in Steyr auftritt. Ich meine die Gefährdung der Jugend durch Alkoholkonsum. Es ist ein echter Mißstand, daß die Preise für alkoholfreie Getränke zu hoch sind. Es besteht kein preislicher Anreiz, auf alkoholische Getränke zu verzichten, da die Preise nicht nur durch Gastwirte, sondern auch durch Einstandspreise und Steueraufschläge bedingt sind. In einigen Steyrer Lokalen, dessen Gäste vorwiegend Jugendliche sind, kostet beispielsweise ein halber Liter Bier bis zu S 21,-, die gleiche Menge gespritzter Apfelsaft bis zu S 28,-. Für einen halben Liter Orangensaft sind Preise bis zu S 54,- zu berappen. In einigen Vorarlberger Gemeinden gibt es bereits ein Übereinkommen mit der Getränkeindustrie, den Gastwirten und den Stadtverwaltungen. Dort wird versucht, ein Jugendgetränk einzuführen, das sich durch einen günstigen Preis auszeichnet. Der Vorschlag der Freiheitlichen Fraktion wäre, auch in Steyr, beispielsweise begrenzt auf die Ferienmonate, durch solches Zusammenwirken zur Einführung eines Jugendgetränkes zu kommen. Wir ersuchen die Stadtverwaltung, diesbezüglich Gespräche aufzunehmen. Die Stadt sollte durch Verzicht auf die Getränkesteuer preissenkend auf dieses Jugendgetränk einwirken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Es ist ja die Zeit der Aktuellen Stunde schon vorüber, aber ich möchte nur ganz kurz etwas dazusagen. Bei der letzten Bezirkskonferenz der Sozialistischen Partei am Sonntag ist ein ähnlicher Antrag vorgebracht worden. Es wird also Sturm gelaufen gegen diese teuren alkoholfreien Getränke. Ich verspreche mir nichts von der Abschaffung der 10 %igen Getränkesteuer, da werden die Gastwirte sicher

sofort wieder nachziehen. Das ist sicher keine Lösung. Es ist so, daß die Bierbrauer in Österreich nicht nur Bier brauen, sondern alle Bierbrauer erzeugen ja auch alkoholfreie Getränke. Die machen das so geschickt, daß sie nicht daraufzahlen. Das ist die Tatsache.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht die ÖVP dazu zu sprechen? Keine Wortmeldung. Kollege Trembl muß sowieso verzichten, denn er hat zuerst sehr lange gesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Der Ordnung halber darf ich mitteilen, daß heute Beschlüsse im Gesamtausmaß von S 22,919.000 gefaßt wurden.

Ich darf die Sitzung mit den herzlichsten Wünschen für ein frohes und angenehmes Osterfest schließen.

Ende der Sitzung: 16.20 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.

Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Rupert Humer e. h.

Walter Köhler e. h.

